



Geschäftsführung Rat

Frau Kramp

Telefon: (0221) 221-22061

Fax: (0221) 221-26570

E-Mail: petra.kramp@stadt-koeln.de

Datum: 27.01.2014

Niederschrift

über die **49. Sitzung des Rates** in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem **17.12.2013**, 14:06 Uhr bis 23:04 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Anwesend waren:

Vorsitzender

Oberbürgermeister Jürgen Roters

Stimmberechtigte Mitglieder

Albach, Rolf Dr.; Bacher, Götz; Bartsch, Hans-Werner Bürgermeister; Benthem van, Henk; Böllinger, Werner; Börschel, Martin; Bosbach, Wolfgang; Breite, Ulrich; Brust, Gerhard; Bülow von, Brigitta; Bürgermeister, Eva Dr.; Detjen, Jörg; Elster, Ralph Dr.; Ensmann, Bernhard; Frank, Jörg; Frebel, Polina; Gärtner, Ursula; Gey, Herbert; Gordes, Birgit; Görzel, Volker; Götz, Stefan; Granitzka, Winrich; Halberstadt-Kausch, Inge; Hammer, Lino; Heinen, Ralf Dr.; Helling, Ossi Werner; Henk-Hollstein, Anna-Maria; Henseler, Andreas; Herbers-Rauhut, Cornelia Dr.; Houben, Reinhard; Hoyer, Katja; Jahn, Kirsten; Jung, Helmut; Kaiser, Jutta; Kara, Efkam; Karaman, Malik; Kaske, Axel; Kienitz, Niklas; Kirchmeyer, Christraut; Klipper, Karl-Jürgen; Koch, Jürgen; Köhler, Andreas; Koke, Klaus; Kretschmer, Karsten; Kron, Peter; Laufenberg, Sylvia; Ludwig, Claus; Marx, Werner; Möller, Monika; Moritz, Barbara; Mucuk, Gonca; Müller, Sabine Dr.; Nesseler-Komp, Birgitta; Noack, Horst; Paetzold, Michael; Paffen, Dagmar; Peil, Stefan; Philippi, Franz; Pohl, Stephan; Reinhardt, Kirsten; Richter, Manfred; Santos Herrmann, Susana dos; Schiele, Karel; Schlieben, Nils Helge Dr.; Schmerbach, Cornelia; Schneider, Frank; Scho-Antwerpes, Elfi Bürgermeisterin; Schultes, Monika; Schulz, Walter Dr.; Spizig, Angela Bürgermeisterin; Stahlhofen, Gisela; Sterck, Ralph; Strahl, Jürgen Dr.; Tempel, Lutz; Thelen, Elisabeth; Thelen, Horst; Tull, Bettina; Uckermann, Jörg; Unna, Ralf Dr.; van Geffen, Jörg; Waddey, Manfred; Welcker, Katharina; Welpmann, Matthias Dr.; Wiener, Markus; Wolf, Manfred Bürgermeister; Wolter, Andreas; Wolter, Judith; Zimmermann, Thor-Geir

Bezirksbürgermeister

Hupke, Andreas; Wirges, Josef

Verwaltung

Kahlen, Guido Stadtdirektor; Klug, Gabriele C. Stadtkämmerin; Berg, Ute Beigeordnete; Klein, Agnes Beigeordnete Dr.; Reker, Henriette Beigeordnete; Höing, Franz-Josef Beigeordneter; Laugwitz-Aulbach, Susanne Beigeordnete; Fenske, Jürgen; Steinkamp, Dieter Dr.

Schriftführerin

Frau Kramp

Stenografen

Herr Klemann,

Frau Lösch

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Schöppe, Bernd; Weisenstein, Michael;

Bezirksbürgermeisterin

Blömer-Frerker, Helga; Wittsack-Junge, Cornelia;

Bezirksbürgermeister

Homann, Mike; Schößler, Bernd; Stadoll, Willi; Fuchs, Norbert; Thiele, Markus

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Oberbürgermeister eröffnet die Sitzung und begrüßt die Gäste auf der Zuschauertribüne, die Vertreterinnen und Vertreter der Presse, die Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister sowie die Ratsmitglieder.

Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass die Sitzung erstmalig als sogenannter „Livestream“ auf der Webseite der Stadt Köln verlinkt sei und so im Internet verfolgt werden könne. Die Einführung des Verfahrens beruhe auf einem Beschluss des Rates aus seiner Sitzung am 01.10.2013.

Zur Erläuterung weist der Oberbürgermeister darauf hin, dass es entweder Aufnahmen des Rednerpultes oder vom Platz der Sitzungsleitung geben werde. Aufnahmen des Plenums, des Zuschauerbereichs bzw. von Vertretern der Stadtverwaltung werde es dagegen nicht geben. Jedes Ratsmitglied habe das Recht, die Übertragung des eigenen Wortbeitrags der Sitzungsleitung gegenüber jederzeit auszuschließen. Es empfehle sich allerdings, der Sitzungsleitung vor Beginn des Redebeitrages hierzu einen deutlichen Hinweis zu geben.

- I. Der Oberbürgermeister begrüßt Frau Jutta Kaiser und Herrn Stephan Pohl. Frau Kaiser tritt die Nachfolge von Frau Gisela Manderla und Herr Stephan Pohl die Nachfolge von Herrn Christian Möring als neues Ratsmitglied an. Er verpflichtet Frau Kaiser und Herrn Pohl gemäß § 5 der Hauptsatzung.

- II. Der Oberbürgermeister schlägt als Stimmzähler die Ratsmitglieder Herrn Bosbach, Herrn Gey und Frau Hoyer vor.

Der Rat ist hiermit einverstanden.

- III. Der Oberbürgermeister weist darauf hin, dass zur Sitzung zwei Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde fristgerecht vorgelegt worden seien. Es handelt sich um die Punkte:

- 1.1 Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema "sozialpolitische und finanzielle Folgen der derzeitigen Asylunterbringungspolitik"
- und
- 1.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema "Aktuelle Perspektiven für die Haushalts- und Finanzsituation der Stadt Köln"

Der Oberbürgermeister erläutert, dass die Geschäftsordnung grundsätzlich nur eine aktuelle Stunde pro Sitzung vorsehe. Bei mehreren Anträgen bestehe nach § 5 Absatz 5 die Möglichkeit einer einvernehmlichen Einigung zwischen den Antragstellern auf eines der beiden Themen. Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters erklären die Antragsteller, dass eine diesbezügliche Einigung nicht erzielt werden konnte.

Der Rat lehnt die Durchführung von zwei aktuellen Stunden, wie dies gemäß § 5 Absatz 4 Satz 2 der Geschäftsordnung grundsätzlich möglich wäre, mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln ab.

Der Rat lehnt es mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln ab, das Thema der Fraktion pro Köln betreffend "sozialpolitische und finanzielle Folgen der derzeitigen Asylunterbringungspolitik", in der heutigen Sitzung als aktuelle Stunde zu behandeln.

Der Oberbürgermeister erklärt, dass damit das Thema "Aktuelle Perspektiven für die Haushalts- und Finanzsituation der Stadt Köln" in der aktuellen Stunde behandelt werde.

- IV. Anschließend nennt der Oberbürgermeister die weiteren Punkte, die zu- bzw. abgesetzt werden sollen:

Zusetzungen:

- 10 Allgemeine Vorlagen
- 10.39 Kliniken der Stadt Köln gGmbH
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages
4194/2013

- 10.40 Einmaliger zusätzlicher Zuschuss von 50.000 Euro für den Bürgerzentrum Engelshof e.V.
4142/2013
- 10.41 Benennung einer Betriebsleiterin der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln
4156/2013
- 17 Wahlen
- 17.5 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Diverse Gremienumbesetzungen
AN/1516/2013
- 17.6 Neuwahl eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
4231/2013
- 17.7 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung im Ausschuss Kunst und Kultur
- 17.8 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung
- 17.9 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung des Sportausschusses
- 17.10 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung des Stadtentwicklungsausschusses
- 17.11 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung des Ausschusses Umwelt und Grün
- 17.12 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung einer Stellvertretenden Sachkundigen Einwohnerin im Jugendhilfeausschuss
AN/1534/2013
- 17.13 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner
AN/1533/2013
- 24 Allgemeine Vorlagen
- 24.13 Kliniken der Stadt Köln gGmbH
hier: Ankauf eines Geschäftsanteiles an der RehaNova Köln Neurologische Rehabilitationsklinik GmbH
4222/2013

Absetzungen

- 6 Ortsrecht
- 6.1 Satzungen
 - 6.1.3 Neufassung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
3902/2013
- 10 Allgemeine Vorlagen
 - 10.5 Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwehrzentrale Köln
Weidenpesch
3892/2012
 - 10.7 Mittagstisch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kalk Karree
2901/2013
- 12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen
 - 12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 71489/04
Arbeitstitel: Schanzenstraße Nord in Köln-Mülheim
2601/2013
- 16 KAG-Satzungen – Erschließungsbeitragssatzungen
 - 16.4 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage
Pohlhofstraße von Haus Nr. 21 (Grenze zum vorhandenen Teil) bis Gar-
tenstraße in Köln-Esch/Auweiler
3110/2013
- V. Ratsmitglied Götz macht im Namen der CDU-Fraktion Fristeneinrede zu TOP
 - 24.13 Kliniken der Stadt Köln gGmbH
hier: Ankauf eines Geschäftsanteiles an der RehaNova Köln Neurologi-
sche Rehabilitationsklinik GmbH
4222/2013

geltend. In dieser Angelegenheit bestehe noch Beratungsbedarf.

Der Rat beschließt daraufhin einvernehmlich die Beratung der Sache zurückzu-
stellen.
- VI. Der Oberbürgermeister erläutert, dass die FDP-Fraktion folgenden Dringlich-
keitsantrag vorgelegt habe:

3.1.15 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion betreffend "Herzstück Domumfeld – Entree der Gäste aus aller Welt – Schandfleck Toilettencontainer"
AN/1517/2013

Ratsmitglied Houben begründet die Dringlichkeit, der Ratsmitglied Frank in einer Gegenrede widerspricht.

Auf Nachfrage des Oberbürgermeisters lehnt der Rat anschließend die Dringlichkeit gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln ab.

VII. Der Oberbürgermeister erklärt, dass ihm die Fraktion pro Köln soeben einen weiteren Dringlichkeitsantrag mit folgendem Inhalt vorgelegt habe:

Der Rat nimmt zustimmend zur Kenntnis, dass die Mitglieder der Fraktion pro Köln mit der Veröffentlichung ihrer Redebeiträge in den Sitzungen des Rates als Videodatei zum Abruf im Internet einverstanden sind bzw. dies ausdrücklich befürworten.

Ratsmitglied Uckermann begründet die Dringlichkeit der Angelegenheit.

Der Rat lehnt anschließend die Eilbedürftigkeit der Sache gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln ab.

VIII. Der Oberbürgermeister schlägt vor, die Tagesordnungspunkte, die sich mit dem Thema „Wohnen“ befassen, gemeinsam zu besprechen. Es handelt sich um die Punkte

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Studentendorf aus modernen Wohncontainern"
AN/1495/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1531/2013

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Erweiterung des Mediaparks zum Zwecke des studentischen Wohnungsbaus"
AN/1485/2013

10.3 Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramm auflegen
2829/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1523/2013

- 15.1 Abschluss städtebaulicher Verträge bei Bebauungsplanverfahren auf der Grundlage einer standardisierten Verfahrensweise;
hier: Beschluss über das "Kooperative Baulandmodell Köln"
NEUFASSUNG VOM 18.09.2013
4325/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1505/2013

IX Des Weiteren schlägt der Oberbürgermeister eine gemeinsame Behandlung folgender Punkte vor:

- 3.1.12 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Konzept zu Ladenöffnungszeiten am Sonntag"
AN/1499/2013

- 6.3.1 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2014
über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen,
Kernbereich Innenstadt, Deutz, Severinsviertel, Agnesviertel, Neustadt-Süd, Rodenkirchen, Sürth, Lindenthal, Braunsfeld, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ossendorf, Ehrenfeld, Neu-Ehrenfeld, Nippes, Longerich, Chorweiler, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Poll, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück, Mülheim, Holweide, Höhenhaus.
3659/2013

X. Ratsmitglied Wiener beantragt die Punkte

- 10.29 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
2649/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1525/2013

- 10.30 Errichtung eines Wohnhauses auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1a, 50859 Köln - Weiden zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien.
Baubeschluss
2846/2013

- 10.31 Errichtung eines Wohnhauses auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 10, 50997 Köln - Godorf zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien.
3389/2013

vorzuziehen und zu Beginn des Oberpunktes 3 - also noch vor den Anträgen - zu behandeln. Die Punkte

3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Öffentlichkeitsbeteiligung bei neuen Asylbewerberunterkünften verbessern"
AN/1481/2013

sowie

4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Bereits existierende und mögliche neue Standorte zur Asylbewerberunterbringung"
AN/1394/2013

sollten gemeinsam mit den vorgenannten Verwaltungsvorlagen behandelt werden.

Der Rat lehnt diesen Antrag mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln ab.

XI. Im Übrigen legt der Rat die Tagesordnung wie folgt einvernehmlich fest:

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
 - 1.1 Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema "sozialpolitische und finanzielle Folgen der derzeitigen Asylunterbringungspolitik"
 - 1.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema "Aktuelle Perspektiven für die Haushalts- und Finanzsituation der Stadt Köln"
- 2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften
 - 2.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung eines Werkes des Künstlers Matthew Barney
3253/2013
 - 2.2 Annahme einer Schenkung an das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud
hier: Miniaturensammlung aus einem Konvolut von 175 Objekten des 18. und 19. Jahrhunderts
3451/2013

- 2.3 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung von 32 Silbergelatine-Fotografien des Künstlers Pirkle Jones
und 19 Silbergelatine-Fotografien der Künstlerin Ruth-Marion Baruch durch
die Pirkle Jones Foundation
3640/2013
- 2.4 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung einer Zeichnung von Charlotte Posenenske durch den Nach-
lass Posenenske
3642/2013
- 2.5 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung einer Zeichnung von Saul Steinberg durch die Saul Steinberg
Foundation
3645/2013
- 2.6 Annahme eines Vermächtnisses von Frau Hella Paula Erika Bolz
3699/2013
- 2.7 Schenkung zur Ergänzung des Ratssilbers
hier: Stiftung eines Silberbechers durch Herrn Winrich Granitzka, MdR
4115/2013
- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen
- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertre-
tungen
- 3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend
"Fortführung der Schulsozialarbeit"
AN/1398/2013
- 3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Studentendorf aus modernen Wohncon-
tainern"
AN/1495/2013
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1531/2013
- 3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Erweiterung des Mediaparks zum Zwe-
cke des studentischen Wohnungsbaus"
AN/1485/2013
- 3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Ausbildung ehrenamtlicher kommu-
naler Senioren-Sicherheitsberater"
AN/1274/2013

Stellungnahme der Verwaltung vom 25.11.2013
3778/2013

3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Ausreichend Schulplätze und schnelle Vermittlung für Flüchtlingskinder in Köln"
AN/1496/2013

3.1.6 Antrag von Ratsmitglied Andreas Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend "Kölner Standardmodell für mehr Bürgerbeteiligung"
AN/1421/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/1532/2013

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Wiedereröffnung und Stärkung der Bühnen der Stadt Köln"
AN/1500/2013

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend "Ausreichendes Angebot an Notquartieren für Obdachlose"

3.1.9 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Keine Privatisierung bei den städtischen Kliniken"
AN/1498/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1536/2013

3.1.10 Antrag von Ratsmitglied Andreas Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend "Milieuschutzsatzung für das belgische Viertel und das Stadtgartenviertel"
AN/1497/2013

3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Öffentlichkeitsbeteiligung bei neuen Asylbewerberunterkünften verbessern"
AN/1481/2013

3.1.12 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Konzept zu Ladenöffnungszeiten am Sonntag"
AN/1499/2013

3.1.13 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Kölner Bürger schützen – Salafistentreffpunkt M. K. Palast schließen"
AN/1482/2013

- 3.1.14 Antrag von pro Köln betreffend "Asylmissbrauch? - mögliche Schadensersatzansprüche der Stadt Köln"
AN/1489/2013
- 3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 3.2.1 Umsetzung des Millowitschdenkmals
3801/2013
- 3.2.2 Anregung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 30.09.2013
Kolb-Halle an der Helmholtzstraße in Köln-Ehrenfeld; zukünftige planerische Entwicklung des Grundstückes
hier: Gewährung einer angemessenen Frist für Kaufverhandlungen zwischen "Wir selbst e.V. und NRW.Urban"
3537/2013
- Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1530/2013
- 4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Bereits existierende und mögliche neue Standorte zur Asylbewerberunterbringung"
AN/1394/2013
- 4.2 Anfrage von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Nichtraucherschutz und Gaststätten"
AN/1402/2013
- Antwort der Verwaltung vom 17.12.2013
4099/2013
- 4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Freier WLAN-Zugang in Köln / Umsetzung Internetstadt Köln"
AN/1146/2013
- Antwort der Verwaltung vom 06.12.2013
3674/2013
- 4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Sanierungssatzung für das ehemalige Güterbahnhofsgebiet in Mülheim"
AN/1502/2013

Antwort der Verwaltung vom 17.12.2013
4166/2013

- 5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen
 - 5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
 - 5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 6 Ortsrecht
 - 6.1 Satzungen
 - 6.1.1 Beschluss der Satzung über den Luftrettungsdienst der Stadt Köln sowie Beschluss von überplanmäßigen Aufwendungen
3211/2013
 - 6.1.2 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln (Abfallsatzung - AbfS)
3563/2013
 - 6.1.3 Neufassung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
3902/2013
(zurückgezogen)
 - 6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches
 - 6.2.1 Benutzungs- und Entgeltordnung der städt. Bürgerhäuser und -zentren ab 01.01.2014
2679/2013
 - 6.2.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebührensatzung
3435/2013

- 6.2.3 Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -) 3601/2013
- 6.2.4 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -) 3755/2013
- 6.2.5 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Museen der Stadt Köln 3775/2013
- 6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen
 - 6.3.1 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen, Kernbereich Innenstadt, Deutz, Severinsviertel, Agnesviertel, Neustadt-Süd, Rodenkirchen, Sürth, Lindenthal, Braunsfeld, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ossendorf, Ehrenfeld, Neu-Ehrenfeld, Nippes, Longerich, Chorweiler, Porz-City, Porz-Eil, Porz-Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Poll, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück, Mülheim, Holweide, Höhenhaus. 3659/2013
- 6.4 Sonstige städtische Regelungen
- 7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2013 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2013 / 2014 4112/2013
- 8 Überplanmäßige Aufwendungen
 - 8.1 Mittelbewilligung für die Verbundwahlen 2014 und überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Teilplan 0211 -Wahlen- im Haushaltsjahr 2014 3852/2013
 - 8.2 überplanmäßiger zahlungswirksamer Aufwand in Teilergebnisplan 0502 im Haushaltsjahr 2014 - hier: kommunale Eingliederungsleistungen 3264/2013
 - 8.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2013 3731/2013

- 8.4 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0405 - Museum für Angewandte Kunst für das Haushaltsjahr 2013
3942/2013

- 9 Außerplanmäßige Aufwendungen

- 9.1 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung zur Finanzierung der im Rahmen des Konjunkturprogramms II für die Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit in den Bürgerhäusern/Bürgerzentren entstandenen Honorarkosten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
4007/2013

- 10 Allgemeine Vorlagen

- 10.1 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln
2290/2013

- 10.2 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn / Erweiterter Planungsbeschluss
2790/2013

Änderungsantrag von Ratsmitglied Andreas Henseler (Freie Wähler Köln)
AN/1526/2013

- 10.3 Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramm auflegen
2829/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1523/2013

- 10.4 Fortführung "Win-Win für Köln" mit Verlängerung von 2 befristeten Stellen und Baubeschluss für die Sanierung des Rheinparkcafés
2843/2013

- 10.5 Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwehrzentrale Köln Weidenpesch
3892/2012
(zurückgezogen)

- 10.6 Betrauung der KVB mit der Planung, dem Bau, dem Betrieb und der Unterhaltung des BOS-Funks in Stadtbahntunneln
2622/2013

- 10.7 Mittagstisch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kalk Karree
2901/2013
(zurückgezogen)
- 10.8 Erweiterung der Mensa am Gymnasium Pesch, Schulstr. 18, 50767 Köln (Pesch)
Baubeschluss
3122/2013
- 10.9 Jugendeinrichtung Weiden
3174/2013
- 10.10 Unterstützung der "Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland"
3333/2013
- 10.11 Verlängerung der Sperrbezirke im Kölner Süden; Antrag an die Bezirksregierung Köln
3407/2013
- 10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB)
Wirtschaftsplan 2014
3438/2013
- 10.13 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 01.01.2012 - 31.12.2012 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln
3447/2013
- 10.14 Änderung der Statuten des Umweltschutzpreis der Stadt Köln
3494/2013
- 10.15 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2012 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln
3349/2013
- 10.16 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2014 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Pflichtversicherung -
3459/2013
- 10.17 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2014 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Freiwillige Versicherung -
3462/2013

- 10.18 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2013 bei der Finanzstelle 6901-1202-5-0240, Fußgängerbrücke Ginsterberg
2501/2013

- 10.19 Einzelhandels- und Zentrenkonzept Köln
3750/2010

- 10.20 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2012 der Beihilfekasse
3309/2013

- 10.21 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2014
3308/2013

- 10.22 Sanierung der Fensteranlage im Museum für Angewandte Kunst
1375/2013

- 10.23 Sport in Metropolen
hier: Fortführung der Sportnetzwerkarbeit im Stadtbezirk Mülheim bis Ende 2014; Begleitung und Federführung des Projektes SpoBiG im Rahmen von Mülheim 2020
3319/2013

- 10.24 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2012 des Gürzenich-Orchesters Köln
3527/2013

- 10.25 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2014
3720/2013

- 10.26 Ideenwettbewerb "Zentrum zeitgenössische Kunst"
Institutionelle Förderung 2014 bis 2018
3754/2013

- 10.27 Finanzneutrale Umschichtungen im Teilplan 0416 - Kulturförderung im Haushaltsjahr 2014
3766/2013

- 10.28 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV
Sanierung der Brückenbauwerke Merianstraße über den Fühlinger See und Industriestraße
3574/2013

10.29 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien
2649/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1525/2013

10.30 Errichtung eines Wohnhauses auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1a, 50859 Köln - Weiden zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien.
Baubeschluss
2846/2013

10.31 Errichtung eines Wohnhauses auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 10, 50997 Köln - Godorf zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien.
3389/2013

10.32 Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln
2594/2013

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1528/2013

10.33 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Köln Chorweiler
hier: Baubeschluss
3801/2012

10.34 "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" - Fortführung des sozialräumlichen Handlungsprogramms in veränderter Form
2377/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1518/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1535/2013

10.35 Änderungsbeschluss zur Einführung des gebundenen Ganztags an weiteren 3 Kölner Schulen ab Schuljahr 2014/15 und 2015/16
2615/2013

10.36 Weiterentwicklung der Kooperation von Ernst-Simons-Realschule und Anna-Freud-Schule - Einführung Ganztags bei Zügigkeitsreduzierung an der Ernst-Simons-Realschule
3450/2013

- 10.37 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Ladenzeile Heumarkt
Mehrkosten bei Ausbau und TGA sowie Verschlechterung der Vermarktungs-
situation
3493/2013
- 10.38 Aktiengesellschaft Zoologischer Garten Köln
hier: Übernahme der "Zoo-Service Gesellschaft der Freunde des Kölner Zoos
mbH"
4057/2013
- 10.39 Kliniken der Stadt Köln gGmbH
hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages
4194/2013
- 10.40 Einmaliger zusätzlicher Zuschuss von 50.000 Euro für den Bürgerzentrum
Engelshof e.V.
4142/2013
- 10.41 Benennung einer Betriebsleiterin der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Büh-
nen der Stadt Köln
4156/2013
- 11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes
- 12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen
- 12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 71489/04
Arbeitstitel: Schanzenstraße Nord in Köln-Mülheim
2601/2013
(zurückgezogen)
- 12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betref-
fend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Nummer 69474/02
Arbeitstitel: Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Mülheim
2697/2013
- 12.3 Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes
77349/04 Blatt 2
Arbeitstitel: GE westlich Linder Kreuz in Köln-Porz-Lind, 2. Änderung
3101/2013
- 12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den
Bebauungsplan-Entwurf 7549/02
Arbeitstitel: Hatzfeldstraße in Köln-Dellbrück
3106/2013

- 12.5 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 65479/04
Arbeitstitel: Nievenheimer Straße in Köln-Bilderstöckchen
3615/2013
- 12.6 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 59570/05
Arbeitstitel: Straberger Weg in Köln-Roggendorf/Thenhoven
3170/2013
- 12.7 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 58483/06
Arbeitstitel: Im Kamp/Dachsweg in Köln-Widdersdorf
3825/2013
- 12.8 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 63471/04
Arbeitstitel: Rochusplatz in Köln-Bickendorf
2588/2013
- 12.9 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 72439/06, 1. Änderung
Arbeitstitel: Waldbadviertel - Langendahlweg in Köln-Ostheim, 1. Änderung
3581/2013
- 12.10 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan)
Nummer 59457/02
Arbeitstitel: Östlich Vinzenzallee in Köln-Lövenich
3758/2013
- 12.11 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 70390/02
Arbeitstitel: "Auenviertel" in Köln-Rodenkirchen
2842/2013
- 13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bebauungs- / Durchführungs- / Fluchtlinienplänen
- 13.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 2102 Blatt 2
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Nürnberger Straße in Köln-Höhenberg
3727/2013
- 13.2 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 5306
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Regensburger Straße in Köln-Höhenberg
3733/2013

- 13.3 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 8003
- Satzungsbeschluss -
Arbeitstitel: Schulstraße in Köln-Höhenberg
3734/2013

- 14 Erlass von Veränderungssperren

- 15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

- 15.1 Abschluss städtebaulicher Verträge bei Bebauungsplanverfahren auf der Grundlage einer standardisierten Verfahrensweise;
hier: Beschluss über das "Kooperative Baulandmodell Köln"
NEUFASSUNG VOM 18.09.2013
4325/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1505/2013

- 16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

- 16.1 234. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2796/2013

- 16.2 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28.02.2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2877/2013

- 16.3 Zwölfte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
3098/2013

- 16.4 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Pohlhofstraße von Haus Nr. 21 (Grenze zum vorhandenen Teil) bis Gartenstraße in Köln-Esch/Auweiler
3110/2013
(zurückgezogen)

- 16.5 235. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3586/2013

- 17 Wahlen
- 17.1 Benennung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales 3029/2013
- 17.2 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz 3284/2013
- 17.3 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 3980/2013
- 17.4 Bestellung einer sachkundigen Bürgerin mit Stimmrecht für den Kunstbeirat für die Wahlperiode 2009 - 2014 3718/2013
- 17.5 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Diverse Gremienumbesetzungen
AN/1516/2013
- 17.6 Neuwahl eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss 4231/2013
- 17.7 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung im Ausschuss Kunst und Kultur
- 17.8 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung
- 17.9 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung des Sportausschusses
- 17.10 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung des Stadtentwicklungsausschusses
- 17.11 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung des Ausschusses Umwelt und Grün
- 17.12 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung einer Stellvertretenden Sachkundigen Einwohnerin im Jugendhilfeausschuss
AN/1534/2013

- 17.13 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner
AN/1533/2013
- 18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3
der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 19 -

II. Nichtöffentlicher Teil

- 20 Annahme von Schenkungen / Vermächnissen / Erbschaften
- 21 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 22 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen
- 23 Grundstücksangelegenheiten
- 23.1 Severinstr. 15 (Haus Balchem)
3058/2013
- 23.2 Verlängerung eines Erbbaurechtes Fronhofstraße 42 in Köln-Sürth
3076/2013
- 23.3 Bestellung eines Erbbaurechtes bzw. Abschluss eines Mietvertrages am Weidenweg in Köln-Porz-Poll
3134/2013
- 23.4 Grundstücksgeschäft Bergisch Gladbacher Str. 149 in Köln-Mülheim
3695/2013
- 23.5 Erbbaurechtsbestellung Ostlandstraße
3202/2013
- 23.6 Verkauf des Grundstückes Bürgerstraße 2 / Alter Markt 31-33
3760/2013
- 23.7 Verkauf des Grundstückes Europaring 59-61 in Köln-Neubrück mit Bauverpflichtung für eine Kita
3761/2013
- 23.8 Grundstücksverkauf EFH-Baugrundstücke im II. BA Kriebelspfad Baufeld 1 in Köln - Worringen
3772/2013

- 23.9 Verlängerung des Erbbaurechtes Merianstraße 2-4, Köln-Chorweiler
3798/2013
- 23.10 Ehemaliger Güterbahnhof Bonntor in Köln-Raderberg
3827/2013
- 23.11 Lützerathstraße, Objekt "Am Lusthaus"
3972/2013
- 23.12 Städt. Liegenschaft Dillenburger Str. 63 - 65, 51105 Köln
4021/2013
- 23.13 Ankauf eines Grundstückes "Zum Stumpfen Kreuz" in Köln-Porz/Zündorf im
Planungsbereich "Zündorf-Süd"
4083/2013
- 24 Allgemeine Vorlagen
- 24.1 Anmietung einer Kindertageseinrichtung in Köln-Flittard, Peter-Griß-Straße 8
3050/2013
- 24.2 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen
über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 34 Objekten
(Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 11-
3256/2013
- 24.3 Einleitung eines Offenen Vergabeverfahrens zum Abschluss von Verträgen
über die Unterhalts-, Grund- und Feuchtreinigung in insgesamt 29 Objekten
(Verwaltungsgebäuden, Schulen, Kindertagesstätten, etc.) -Paket 12-
3359/2013
- 24.4 Bedarfsfeststellung "Betrieb, Wartung und Erweiterung des TK-
Anlagenverbundes der Stadt Köln" für die Jahre 2015-2018
3460/2013
- 24.5 Annahme eines Vergleichs im zivilgerichtlichen Verfahren ARGE Opernquar-
tier JSWD Architekten./ Stadt Köln
3532/2013
- 24.6 Restitution von sechs graphischen Werken aus dem Bestand des Museums
Ludwig (Alfred Flechtheim)
3869/2013
- 24.7 Restitution von fünf Zeichnungen aus dem Bestand des Museums Ludwig
(Curt Glaser)
3898/2013

- 24.8 Abschluss einer Rahmenvereinbarung zur Lieferung von WLAN-Netzwerkkomponenten für Kölner Schulen
1251/2013
- 24.9 GEW Köln AG
4018/2013
- 24.10 RheinEnergie AG
3970/2013
- 24.11 RheinEnergie AG
4026/2013
- 24.12 RheinEnergie AG
4037/2013
- 24.13 Kliniken der Stadt Köln gGmbH
4222/2013
- 25 Wahlen
- 26 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen
- 26.1 Erwerb eines Grundstückes im Bereich "Zündorf-Süd", Zum Stumpfen Kreuz in Köln-Porz/Zündorf, im Rahmen eines Zwangsversteigerungsverfahrens
3682/2013
- 26.2 Schwammsanierung Belvederestr. 147, 50933 Köln
3892/2013

I. Öffentlicher Teil

- 1 Anträge auf Durchführung einer aktuellen Stunde gemäß § 5 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 1.1 Antrag der Fraktion pro Köln auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema "sozialpolitische und finanzielle Folgen der derzeitigen Asylunterbringungspolitik"**
- 1.2 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf Durchführung einer aktuellen Stunde zum Thema "Aktuelle Perspektiven für die Haushalts- und Finanzsituation der Stadt Köln"**

Beschluss:

Nach der Erörterung der Angelegenheit beschließt der Rat gemäß § 5 Absatz 10 Buchstabe c) der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen, die Sache zur weiteren Beratung in den Finanzausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 2 Annahme von Schenkungen / Vermächtnissen / Erbschaften**
- 2.1 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig hier: Schenkung eines Werkes des Künstlers Matthew Barney 3253/2013**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung des Werkes „Cremaster 3: Pentastar“ von Matthew Barney als Schenkung durch den Künstler an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 2.2 Annahme einer Schenkung an das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud**

**hier: Miniaturensammlung aus einem Konvolut von 175 Objekten des 18. und 19. Jahrhunderts
3451/2013**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung eines Konvolutes von 175 Miniaturen, Deutschland / Frankreich des 18. und 19. Jahrhunderts, an das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud mit Dank an.

Des Weiteren beauftragt der Rat die Verwaltung mit dem Abschluss eines Schenkungsvertrages zur Eigentumsübertragung der Miniaturensammlung. Die mit der Schenkung verbundenen Kosten werden über den Wirtschaftsplan 2014 des Museums finanziert und führen zu keinen Belastungen für den städtischen Haushalt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**2.3 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung von 32 Silbergelatine-Fotografien des Künstlers Pirkle Jones und 19 Silbergelatine-Fotografien der Künstlerin Ruth-Marion Baruch durch die Pirkle Jones Foundation
3640/2013**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der 32 Silbergelatine-Fotografien von Pirkle Jones und 19 Silbergelatine-Fotografien von Ruth-Marion Baruch durch die Pirkle Jones Foundation an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Frau Wolter trifft zur Sitzung ein.

**2.4 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung einer Zeichnung von Charlotte Posenenske durch den Nachlass Posenenske
3642/2013**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der Zeichnung von Charlotte Posenenske durch den Nachlass Posenenske an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**2.5 Annahme einer Schenkung an die Stadt Köln, Museum Ludwig
hier: Schenkung einer Zeichnung von Saul Steinberg durch die Saul
Steinberg Foundation
3645/2013**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Schenkung der Zeichnung von Saul Steinberg durch die Saul Steinberg Foundation an das Museum Ludwig mit Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**2.6 Annahme eines Vermächtnisses von Frau Hella Paula Erika Bolz
3699/2013**

Beschluss:

Der Rat nimmt das Vermächtnis der verstorbenen Frau Hella Paula Erika Bolz über einen vom Kölner Goldschmied Gabriel Hermeling (1833 – 1904) geschaffenen Hausaltar mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**2.7 Schenkung zur Ergänzung des Ratssilbers
hier: Stiftung eines Silberbechers durch Herrn Winrich Granitzka, MdR
4115/2013**

Beschluss:

Der Rat bedankt sich bei Herrn Winrich Granitzka, MdR, für die Stiftung eines Silberbechers (im Wert von 952,- EUR). Der Rat nimmt die Schenkung als Ergänzung des Ratssilbers mit großem Dank an.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen einige Stimmen aus der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke. – zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Granitzka nimmt an der Abstimmung nicht teil.

- 3 Anträge des Rates / Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen**
- 3.1 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen**
- 3.1.1 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Fortführung der Schulsozialarbeit"
AN/1398/2013**

Beschluss:

Sofern die im Sommer von NRW in den Bundesrat eingebrachte Gesetzesinitiative (Aufhebung der bislang geltenden Befristung der Finanzierung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket und Fortsetzung der Bezuschussung der Schulsozialarbeit im Rahmen der Bezuschussung der Kosten der Unterkunft) nicht wirksam werden sollte, bittet der Rat die Verwaltung um Prüfung, ob die Schulsozialarbeit an Kölner Schulen aus den zur Verfügung stehenden Restmitteln des Bildungspaktes für 2011 und 2012 befristet bis zum Ende des Schuljahre 2014/2015 fortgeführt werden kann.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

- 3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Studentendorf aus modernen Wohncontainern"
AN/1495/2013**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1531/2013**

Beschluss gemäß Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die kurzfristige Bereitstellung von studentischem Wohnraum ist dringend erforderlich. Die Verwaltung wird daher beauftragt,

- mögliche Überlegungen der Universität zu Köln oder des Kölner Studentenwerks, Wohncontainer auf eigene Kosten zu beschaffen, auf eigenen Grundstücken aufzustellen und selbst zu bewirtschaften, hinsichtlich eventueller Genehmigungsnotwendigkeiten konstruktiv zu begleiten,
- auch weiterhin zu prüfen, welche geeigneten städtischen Grundstücke dem Kölner Studentenwerk bzw. der Universität kurzfristig zur Errichtung von Studierendenwohnungen oder zur Aufstellung von Wohncontainern zur Verfügung gestellt werden können,
- das Studentenwerk bzw. die Universität auch weiterhin dabei zu unterstützen, in Zusammenarbeit mit der GAG Immobilien AG und der Wohnungsgesellschaft des Stadtwerkekonzerns freie Wohnungen unmittelbar an Studierende zu vermitteln,
- die Initiative „Mein Zuhause in Köln“ weiter zu forcieren,

Aufgrund der großen Bedeutung der Schaffung studentischen Wohnraums wird die Verwaltung gebeten, den zuständigen Ausschüssen regelmäßig zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. und der Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) sowie gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

- 3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Erweiterung des Mediaparks zum Zwecke des studentischen Wohnungsbaus"
AN/1485/2013
- 10.3 Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramm auflegen
2829/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1523/2013

- 15.1 Abschluss städtebaulicher Verträge bei Bebauungsplanverfahren auf der Grundlage einer standardisierten Verfahrensweise;
hier: Beschluss über das "Kooperative Baulandmodell Köln"
NEUFASSUNG VOM 18.09.2013
4325/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1505/2013

behandelt

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Erweiterung des Mediaparks zum Zwecke des studentischen Wohnungsbaus" AN/1485/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt den Antrag der FDP-Fraktion, der da lautet:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, alle nötigen Maßnahmen in die Wege zu leiten, um die im städtebaulichen Masterplan für die Innenstadt vorgeschlagene Erweiterung des Mediaparks „als räumliches Rückgrat“ des Herkulesberges (S.82, Abb. 75) zum Zwecke des studentischen Wohnungsbaus möglichst kurzfristig zu realisieren.

zur weiteren Beratung in den Lenkungsausschuss Masterplan und den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. bei Stimmenthaltung der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

- 3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Studentendorf aus modernen Wohncontainern"
AN/1495/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1531/2013

- 10.3 Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramm auflegen
2829/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1523/2013

- 15.1 Abschluss städtebaulicher Verträge bei Bebauungsplanverfahren auf der Grundlage einer standardisierten Verfahrensweise;
hier: Beschluss über das "Kooperative Baulandmodell Köln"
NEUFASSUNG VOM 18.09.2013
4325/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1505/2013

behandelt

**3.1.4 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Ausbildung ehrenamtlicher kommunaler Senioren-Sicherheitsberater"
AN/1274/2013**

**Stellungnahme der Verwaltung vom 25.11.2013
3778/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

Zur präventiven Konfliktvermeidung und zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls prüft die Verwaltung die Möglichkeit einer Ausbildung ehrenamtlicher Senioren-Sicherheitsberater für den Einsatz in den Kölner Stadtteilen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – **abgelehnt**.

**3.1.5 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Ausreichend Schulplätze und schnelle Vermittlung für Flüchtlingskinder in Köln"
AN/1496/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt, den Antrag der Fraktion Die Linke., der da lautet:

1. Es wird sichergestellt, dass die vor einer Schulplatzzuweisung notwendige Beratung auch bei einem Ansteigen der Flüchtlingszahlen wie im Moment Termine innerhalb einer Woche vergeben kann. Sollten die zuständigen Personalka-

pazitäten im Kommunalen Integrationszentrum dafür nicht mehr ausreichen, wird kurzfristig Personal um- oder zugesetzt.

2. Die Stadt schafft Anreize für Schulen, Seiteneinsteigerklassen und internationale Förderklassen zu bilden. Dazu gehört, eine Priorisierung in der Schulsanierung auch daran zu knüpfen, Seiteneinsteigerklassen bzw. internationale Förderklassen an der Schule anzubieten. Bei zukünftigen Schulsanierungsplanungen soll die spätere Bildung dieser Klassen in Betracht gezogen werden.
3. Stadt und Schulaufsicht beim Schulamt für die Stadt Köln und bei der Bezirksregierung laden die Schulleitungen der Grund- und weiterführenden allgemeinbildenden Schulen zeitnah zu schulformgebundenen Dienstbesprechungen ein, um die Lage der aus dem Ausland zugereisten Kinder und Jugendlichen und deren schulische Versorgung zu thematisieren und Maßnahmen zu einer gemeinsamen Lösung zu beraten und zu beschließen.
4. Im Rahmen der Zusammenarbeit von Stadt, Bezirksregierung und Universität im Zentrum für Mehrsprachigkeit und Integration werden entsprechende DAF-Fortbildungsangebote und andere für Lehrpersonal in Seiteneinsteiger- und internationalen Förderklassen zur Verfügung gestellt. Finanziert werden diese durch vorhandene Fortbildungskontingente beim Regionalen Bildungsbüro und/oder den Kompetenzteams beim Schulamt. Die Stadt setzt sich beim Land dafür ein, den Lehrern in Seiteneinsteigerklassen und internationalen Förderklassen Ausgleichstunden für Fortbildungen zu gewähren.

zur weiteren Beratung in den Ausschuss Schule und Weiterbildung zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

3.1.6 Antrag von Ratsmitglied Andreas Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend "Kölner Standardmodell für mehr Bürgerbeteiligung" AN/1421/2013

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion
AN/1532/2013**

Beschluss in der Fassung des gemeinsamen Änderungsantrages:

Der Rat der Stadt Köln spricht sich dafür aus, Bürgerbeteiligung in Köln systematisch fort zu entwickeln. Er beauftragt die Verwaltung Empfehlungen für einen Kölner Weg zum Ausbau und zur Verbesserung der Beteiligungskultur zu definieren. Die Empfehlungen werden dem Rat vor der Sommerpause 2014 zur Entscheidung vorgelegt. Da-

bei sind die Empfehlungen des Arbeitspapiers „Beteiligungskultur in der integrierten Stadtentwicklung“ des Deutschen Städtetags an die Kommunen ausdrücklich zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion – zugestimmt.

Anmerkung:

Ratsmitglied Frau Wolter verlässt die Sitzung endgültig.

3.1.7 Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen betreffend "Wiedereröffnung und Stärkung der Bühnen der Stadt Köln" AN/1500/2013

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß mündlichem Änderungsantrag von Ratsmitglied Uckermann:

Die vorgesehene Erhöhung des Betriebskostenzuschusses von 1,5 Millionen Euro soll dem Ensemble zur Verfügung gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – **abgelehnt**.

II. Beschluss über Ziffer I des Antrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

Mit der Spielzeit 2015/2016 werden die Bühnen der Stadt Köln im generalsanierten Gebäude am Offenbachplatz ihre neue Spielstätte eröffnen. Oper und Schauspiel werden ihren Spielbetrieb am angestammten Ort wieder aufnehmen können - die Kinderoper sogar mit einer eigenen Spielstätte, was im Eröffnungsprogramm besondere Berücksichtigung finden soll.

Für dieses außergewöhnliche Ereignis von bundesweiter Bedeutung möge die Betriebsleitung der Bühnen ein attraktives, qualitativvolles und kulturell reizvolles Programm für Oper, Schauspiel, Tanz und Kinderoper entwickeln.

Zusatzproduktionen für die Eröffnungspremieren sollen nachhaltig in spätere Spielzeiten wirken.

Das Eröffnungsprogramm soll ein breitenwirksam angelegtes Eröffnungsfest, Hausführungen, Konzerte, Vorplatzaktionen und weitere kulturelle Sonderveranstaltungen beinhalten. Die neuen Häuser sollen sich insbesondere allen Kölnerinnen und Kölner öffnen und sie mit diesem Programm ansprechen.

Bei Werbeaktivitäten zur Eröffnung muss eine enge Zusammenarbeit mit KölnTourismus und der Wirtschaftswerbung erfolgen. Die Neueröffnung ist für alle Werbeaktivitäten der Stadt Köln ein herausragendes Ereignis und muss entsprechend genutzt werden.

Es sollen Sponsoringpartner für das Eröffnungsprogramm aus der regionalen und überregionalen Wirtschaft gewonnen werden.

Für ein Eröffnungsprogramm einschließlich notwendiger Werbeaktivitäten der Bühnen werden zur Spielzeit 2015/2016 einmalig 1,5 Millionen Euro als erhöhter Betriebskostenzuschuss aus dem städtischen Haushalt bereitgestellt. Das Programm ist dem Betriebsausschuss Bühnen und dem Ausschuss Kunst und Kultur mitzuteilen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) **zugestimmt**.

III. Beschluss über Ziffer II des Antrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Die Wirtschaftsdaten der Bühnen aus den Spielzeiten 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 weisen erhebliche Defizite mit einem ursprünglichen Gesamtvolumen von ca. 6,9 Millionen Euro aus. Diese negative Hinterlassenschaft stellt für die Zukunftsplanung der Bühnen eine außerordentliche Belastung dar. Die Beschlusslage des Rates hat den Bühnen auferlegt, im Rahmen ihrer Wirtschaftsplanung durch eigene Konsolidierungsmaßnahmen dieses Gesamtdefizit bis 2017 auf ca. 5,321 Millionen Euro zu reduzieren. Eine komplette Tilgung aus eigener Kraft ist unrealistisch, sie würden den Spielbetrieb der Bühnen gefährden.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, in enger Kooperation mit der Betriebsleitung der Bühnen, dem Betriebsausschuss der Bühnen und dem Finanzausschuss in 2014 ein Konzept zur Tilgung und Entschuldung der Bühnen vorzulegen.

In dem Konzept soll auch dargestellt werden, wie künftig durch ein enges Controlling ein solches Defizit wirkungsvoll verhindert werden kann ohne eine vorausschauende Planung über mehrere Spielzeiten hinweg zu stark einzuschränken.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) **zugestimmt**.

IV. Gesamtabstimmung:

Der Rat der Stadt Köln beschließt:

I.

Mit der Spielzeit 2015/2016 werden die Bühnen der Stadt Köln im generalsanierten Gebäude am Offenbachplatz ihre neue Spielstätte eröffnen. Oper und Schauspiel werden ihren Spielbetrieb am angestammten Ort wieder aufnehmen können - die Kinderoper sogar mit einer eigenen Spielstätte, was im Eröffnungsprogramm besondere Berücksichtigung finden soll.

Für dieses außergewöhnliche Ereignis von bundesweiter Bedeutung möge die Betriebsleitung der Bühnen ein attraktives, qualitativvolles und kulturell reizvolles Programm für Oper, Schauspiel, Tanz und Kinderoper entwickeln.

Zusatzproduktionen für die Eröffnungspremieren sollen nachhaltig in spätere Spielzeiten wirken.

Das Eröffnungsprogramm soll ein breitenwirksam angelegtes Eröffnungsfest, Hausführungen, Konzerte, Vorplatzaktionen und weitere kulturelle Sonderveranstaltungen beinhalten. Die neuen Häuser sollen sich insbesondere allen Kölnerinnen und Kölner öffnen und sie mit diesem Programm ansprechen.

Bei Werbeaktivitäten zur Eröffnung muss eine enge Zusammenarbeit mit KölnTourismus und der Wirtschaftswerbung erfolgen. Die Neueröffnung ist für alle Werbeaktivitäten der Stadt Köln ein herausragendes Ereignis und muss entsprechend genutzt werden.

Es sollen Sponsoringpartner für das Eröffnungsprogramm aus der regionalen und überregionalen Wirtschaft gewonnen werden.

Für ein Eröffnungsprogramm einschließlich notwendiger Werbeaktivitäten der Bühnen werden zur Spielzeit 2015/2016 einmalig 1,5 Millionen Euro als erhöhter Betriebskostenzuschuss aus dem städtischen Haushalt bereitgestellt. Das Programm ist dem Betriebsausschuss Bühnen und dem Ausschuss Kunst und Kultur mitzuteilen.

II.

Die Wirtschaftsdaten der Bühnen aus den Spielzeiten 2010/2011, 2011/2012 und 2012/2013 weisen erhebliche Defizite mit einem ursprünglichen Gesamtvolumen von ca. 6,9 Millionen Euro aus. Diese negative Hinterlassenschaft stellt für die Zukunftsplanung der Bühnen eine außerordentliche Belastung dar. Die Beschlusslage des Ra-

tes hat den Bühnen auferlegt, im Rahmen ihrer Wirtschaftsplanung durch eigene Konsolidierungsmaßnahmen dieses Gesamtdefizit bis 2017 auf ca. 5,321 Millionen Euro zu reduzieren. Eine komplette Tilgung aus eigener Kraft ist unrealistisch, sie würden den Spielbetrieb der Bühnen gefährden.

Die Verwaltung wird daher beauftragt, in enger Kooperation mit der Betriebsleitung der Bühnen, dem Betriebsausschuss der Bühnen und dem Finanzausschuss in 2014 ein Konzept zur Tilgung und Entschuldung der Bühnen vorzulegen.

In dem Konzept soll auch dargestellt werden, wie künftig durch ein enges Controlling ein solches Defizit wirkungsvoll verhindert werden kann ohne eine vorausschauende Planung über mehrere Spielzeiten hinweg zu stark einzuschränken.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Zimmermann (Deine Freunde) und Henseler (Freie Wähler Köln) zugestimmt.

3.1.8 Dringlichkeitsantrag der Fraktion pro Köln betreffend "Ausreichendes Angebot an Notquartieren für Obdachlose"

Beschluss:

Der Rat möge beschließen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein ausreichendes Angebot an Notquartieren für Obdachlose in Köln vorzuhalten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – abgelehnt.

3.1.9 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Keine Privatisierung bei den städtischen Kliniken" **AN/1498/2013**

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1536/2013

Beschluss gemäß Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Der Beschluss wird wie folgt ersetzt:

Die Gesundheitsversorgung gehört zum Bereich öffentlicher Daseinsvorsorge. Die Kliniken der Stadt Köln sind daher im Rahmen der Trägervielfalt für die Gesundheitsversorgung der Kölner Bevölkerung unverzichtbar.

Auch aufgrund notwendiger Modernisierungsmaßnahmen befinden sich die Kliniken seit wenigen Jahren in einer wirtschaftlich schwierigen Situation. Die Stadt Köln als Gesellschafterin hat die Kliniken zu einem wirtschaftlichem Handeln und einer Vielzahl an Kostenreduzierungen verpflichtet, um die Kliniken auf Dauer in kommunaler Trägerschaft sichern zu können. Auch der Aufsichtsrat, die Geschäftsleitung und die Beschäftigten sind sich dieser Herausforderung bewusst. Dies macht die Prüfung diverser Möglichkeiten und die Suche nach möglichst wirtschaftlichen Lösungen für einzelne Leistungsbereiche unabdingbar.

Die Interessen der 4.300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der städtischen Kliniken müssen dabei berücksichtigt werden. „Der Mensch (steht) im Zentrum unseres Handelns“ ist das Leitbild der Kliniken der Stadt Köln. Damit ist nicht nur der Mensch gemeint, der sich als Patientin oder Patient in die Obhut der Kliniken begibt, sondern auch die Beschäftigten, gleich ob sie bei den Kliniken oder bei externen Dienstleistern arbeiten.

Eine Ausgliederung von Leistungen an Private etwa Reinigungsleistungen oder für die Speisenversorgung darf folglich nur nach den Standards erfolgen, die der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 21.06.2013 festgelegt hat:

- Das Tariftreue und Vergabegesetz des Landes NRW (TVgG NRW) ist für die Anbieter verbindlich, mit der Folge, dass auch für fremdbeschäftigte Kräfte in den städtischen Kliniken Tariflöhne zu zahlen sind.
- Im Bereich der Reinigungsleistungen werden zur Sicherung des Qualitätsstandards und zum Schutz der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor Ausbeutung feste Rahmenvereinbarungen getroffen.
- Vor der Vergabeentscheidung wird überprüft, ob die Reinigung durch Eigenpersonal eine wirtschaftliche Alternative ist.
- Das bisher bei den Kliniken der Stadt Köln beschäftigte Personal in den o.g. Bereichen wird weiterbeschäftigt.
- Im Bereich der Speisenversorgung wird die Bewerbung von Integrationsbetrieben ausdrücklich befürwortet.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion – zugestimmt.

**3.1.10 Antrag von Ratsmitglied Andreas Henseler (Freie Wähler Köln) betreffend "Milieuschutzsatzung für das belgische Viertel und das Stadtgartenviertel"
AN/1497/2013**

Beschluss:

Gemäß Antrag von Ratsmitglied Henseler beschließt der Rat, den Antrag der da lautet:

Der Rat möge beschließen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung zeitnah zu prüfen, ob und wie durch geeignete stadtplanerische Maßnahmen (z. B. Erhaltungssatzung, Veränderungssperre zur Vorbereitung eines Bebauungsplanes etc.) für den Bereich Belgisches Viertel zwischen Venloer Str. und Aachener Str. bzw. Eisenbahnring und Brabanter Str., sowie dem Stadtgartenviertel zwischen Venloer Str. und Gladbacher Str. sowie zwischen den Ringen und dem Bahndamm, die bereits jetzt zu beobachtende Umwandlung von Geschäften in Gastronomiebetriebe und Kioske verhindert werden kann. Das Ergebnis wäre der Bezirksvertretung Innenstadt/Deutz und den entsprechenden Ratsgremien zur Beratung und Entscheidungsfindung vorzulegen.

zur weiteren Beratung in den Stadtentwicklungsausschuss zu verweisen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

**3.1.11 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Öffentlichkeitsbeteiligung bei neuen Asylbewerberunterkünften verbessern"
AN/1481/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln möge beschließen:

1. Die Anwohner von jeglichen neu geplanten Asylbewerberunterkünften – sei es nun in angemieteten oder städtischen Immobilien, Hotels, Container oder Neubauten - sind von der Stadt Köln zeitnah, auf jeden Fall aber noch vor dem Erstbezug, über die geplante Maßnahme zu informieren. Hierbei sind auch Angaben über die zu erwartenden Asylbewerbergruppen, die vorgesehene Betreuung z. B. auch für schulpflichtige Kinder sowie über das Beschwerdemanagement und die voraussichtliche Dauer der Nutzung zu machen.

2. Der Rat erwartet, dass die Verwaltung kurzfristig das auch von verschiedenen Flüchtlingsverbänden und Institutionen geforderte Konzept vorlegt, wie und an welchen Standorten mit welchen Kapazitäten langfristig die Flüchtlinge untergebracht

werden sollen. Nur durch ein solches nachvollziehbares belastbares Konzept kann nachgewiesen werden, dass es sich bei den derzeitigen Standorten wirklich um Zwischenlösungen aus der Not heraus handelt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – **abgelehnt**.

3.1.12 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Konzept zu Ladenöffnungszeiten am Sonntag" AN/1499/2013

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt
 - a. schnellstmöglich und in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Akteuren wie IHK, Kirchen, Handwerkskammer, Einzelhandelsverband und Gewerkschaften ein Konzept für die Sonntagsöffnungen zu entwickeln, um Abläufe, Beteiligungsverfahren und Anforderungen zu beschreiben. Dies geschieht mit Blick auf eine dann wirklich rechtssichere Vorlage der Verwaltung als Grundlage zukünftiger Ratsentscheidungen.
 - b. sicher zu stellen, dass im seltenen Fall von Sonntagsöffnungen eine ordnungsgemäße Kontrolle wie im Ladenöffnungsgesetz vorgeschrieben durchgeführt wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) - **abgelehnt**.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit TOP

- 6.3.1 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2014
über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen,
Kernbereich Innenstadt, Deutz, Severinsviertel, Agnesviertel, Neustadt-Süd, Rodenkirchen,
Sürth, Lindenthal, Braunsfeld, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ossendorf, Ehrenfeld,
Neu-Ehrenfeld, Nippes, Longerich, Chorweiler, Porz-City, Porz-Eil, Porz-
Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Poll, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück, Mülheim, Holweide, Höhenhaus.
3659/2013

behandelt.

3.1.13 Antrag der Fraktion pro Köln betreffend "Kölner Bürger schützen – Salafistentreffpunkt M. K. Palast schließen"
AN/1482/2013

Beschluss:

Der Rat möge beschließen, die Verwaltung wird beauftragt:

- 1.) Sofort alle möglichen ordnungsrechtlichen Maßnahmen mit dem Ziel zu ergreifen, den sogenannten M.K. Palast in Köln - Bickendorf als Treffpunkt für Salafisten und andere Extremisten ersatzlos zu schließen.
- 2.) Das Areal (bis zum Biesterfeld) städteplanerisch neu zu gestalten und dem Rat der Stadt Köln die dementsprechenden Verwaltungsvorlagen zur Beschlussfassung schnellstmöglich vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – **abgelehnt**.

3.1.14 Antrag von pro Köln betreffend "Asylmissbrauch? - mögliche Schadensersatzansprüche der Stadt Köln"
AN/1489/2013

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, ob ihre Verhandlungspartner bei der dramatisch gestiegenen Anzahl an illegalen Flüchtlingen diesen Zustand bewusst herbeiführen, um höhere Profite bei der Vermietung ihrer Objekte zu erzielen.

Die Verwaltung wird beauftragt, allen Trägern, die in ihrer Beratungstätigkeit und ihrem sonstigen Wirken Dritte zum Begehen von Straftaten zu ermuntern oder sonst wie in diesem Sinne behilflich sind, die Zusammenarbeit sofort aufzukündigen.

Die Verwaltung wird beauftragt gegen alle Personen, die im Verdacht stehen sich im oben genannten Sinne strafbar gemacht zu haben, Anzeige zu erstatten, um ggf. auf diesem Wege Schadensersatzforderungen geltend zu machen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – **abgelehnt**.

3.2 Vorschläge und Anregungen der Bezirksvertretungen gemäß § 37 Absatz 5 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

3.2.1 Umsetzung des Millowitschdenkmals 3801/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt, dem Wunsch der Bezirksvertretung Innenstadt zu folgen und der Versetzung des Millowitsch-Denkmal vom Eisenmarkt auf den neuen Willy-Millowitsch-Platz zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

3.2.2 Anregung der Bezirksvertretung Ehrenfeld vom 30.09.2013 Kolb-Halle an der Helmholtzstraße in Köln-Ehrenfeld; zukünftige planerische Entwicklung des Grundstückes hier: Gewährung einer angemessenen Frist für Kaufverhandlungen zwischen "Wir selbst e.V. und NRW.Urban" 3537/2013

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1530/2013**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde):

Dem Punkt 2 des Änderungsantrages von SPD und Bündnis 90/Die Grünen wird hinzugefügt:

Die in Anlage 2 der Verwaltungsvorlage 3537/2013 vorgestellte Aufteilung des Geländes zwischen Wohnnutzung und gewerblicher Nutzung stellt nur einen möglichen Vorschlag dar. Andere Aufteilungen zwischen Wohnnutzung und Gewerbe sind möglich (sofern das Ziel eines Mischgebietes von Gewerbe und Wohnen gewährleistet bleibt) und können zwischen Stadtverwaltung, nrw.urban und dem Bewohnerverein „Wir selbst e. V. „ ausgehandelt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

II. Beschluss über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

1. Soweit die landeseigene Gesellschaft NRW.URBAN Service GmbH ein mit einem belastbaren Nutzungs- und Finanzierungskonzept verbundenes Kaufangebot des Vereins „wir selbst e.V.“ zur Prüfung annimmt, steht der Rat der Stadt Köln dem nicht entgegen. Ziffer 1 des Ratsbeschlusses vom 18.06.2013 bleibt davon unberührt.
2. Grundlage für die zukünftige Nutzung des Kolb-Areals ist der Ratsbeschluss vom 18. Juni 2013. Demnach ist die Fläche zu einem Mischgebiet mit Wohnen und Gewerbe zu entwickeln und für die Wohnnutzung ein hoher Anteil an öffentlich-geförderten Wohnungsbau vorzusehen (vgl. Anlage 2 der Verwaltungsvorlage 3537/2013).
3. Die Bezirksvertretung Ehrenfeld wird wie üblich gemäß § 2, Absatz 3, Ziffer 6 der Zuständigkeitsordnung sowie im Rahmen des Planungsrechts beteiligt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der FDP-Fraktion **zugestimmt**.

Anmerkungen:

- Der Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. und der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) wurde in der Sitzung vorgelegt.
- Bürgermeisterin Scho-Antwerpes übernimmt im Anschluss die Sitzungsleitung von Oberbürgermeister Roters.

4 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

4.1 Anfrage der Fraktion pro Köln betreffend "Bereits existierende und mögliche neue Standorte zur Asylbewerberunterbringung" AN/1394/2013

Frau Beigeordnete Reker beantwortet die Fragen mündlich.

**4.2 Anfrage von Ratsmitglied Thor-Geir Zimmermann (Deine Freunde) betreffend "Nichtraucherschutz und Gaststätten"
AN/1402/2013**

**Antwort der Verwaltung vom 17.12.2013
4099/2013**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor. Stadtdirektor Kahlen beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Zimmermann.

**4.3 Anfrage der CDU-Fraktion betreffend "Freier WLAN-Zugang in Köln / Umsetzung Internetstadt Köln"
AN/1146/2013**

**Antwort der Verwaltung vom 06.12.2013
3674/2013**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor.

**4.4 Anfrage der Fraktion Die Linke. betreffend "Sanierungssatzung für das ehemalige Güterbahnhofsgelände in Mülheim"
AN/1502/2013**

**Antwort der Verwaltung vom 17.12.2013
4166/2013**

Hierzu liegt eine schriftliche Antwort der Verwaltung vor. Beigeordneter Höing beantwortet die Nachfragen von Ratsmitglied Detjen.

5 Einwohner, Einwohnerinnen, Bürger und Bürgerinnen

5.1 Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.2 Einwohnerantrag gemäß § 25 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen 5.3 Bürgerbegehren und Bürgerentscheid gemäß § 26 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

5.4 Anregungen und Stellungnahmen des Integrationsrates gemäß § 27 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesen Punkten liegt nichts vor.

6 Ortsrecht

6.1 Satzungen

6.1.1 Beschluss der Satzung über den Luftrettungsdienst der Stadt Köln sowie Beschluss von überplanmäßigen Aufwendungen 3211/2013

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Satzung über den Luftrettungsdienst der Stadt Köln in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung. Die Satzung tritt zum 01.01.2014 in Kraft.
2. Der Rat nimmt zustimmend Kenntnis von der als Anlage 2 beigefügten Gebührenbedarfsberechnung.
3. Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen gem. § 83 GO NRW in Höhe von 981.000 € im Teilplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, in der Teilplanzeile 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) im Haushaltsjahr 2014.
Der überplanmäßige Aufwand wird durch Mehrerträge im Teilplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst, in der Teilplanzeile 4 (öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte) in entsprechender Höhe gedeckt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.1.2 3. Satzung zur Änderung der Satzung über die Abfallentsorgung der Stadt Köln (Abfallsatzung - AbfS) 3563/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die 3. Änderung der Abfallsatzung der Stadt Köln in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

6.1.3 Neufassung der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 3902/2013

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 5).

6.2 Gebühren-, Entgeltordnungen und ähnliches

6.2.1 Benutzungs- und Entgeltordnung der städt. Bürgerhäuser und -zentren ab 01.01.2014 2679/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die in den Anlagen 1 bis 5 vorgelegte Neufassung der Benutzungs- und Entgeltordnung für die Vergabe von multifunktionalen Räumen in Bürgerhäusern und Bürgerzentren der Stadt Köln. Die Benutzungs- und Entgeltordnung tritt zum 01.01.2014 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke. – zugestimmt.

6.2.2 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage so- wie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben - Abwassergebüh- rensatzung 3435/2013

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln

- nimmt die Gebührenbedarfsrechnung für das Jahr 2014 (Anlage 2) zustimmend zur Kenntnis.
- stimmt gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung über die Erhebung von Gebühren für die Entwässerung der Grundstücke und den Anschluss an die öffentliche Abwasseranlage sowie für die Entsorgung von Schmutzwassergruben – Abwassergebührensatzung – in der zu diesem Beschluss beigefügten Fassung zu.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

6.2.3 Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung von Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung - StrReinS -) 3601/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die 1. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Straßenreinigung und die Erhebung der Straßenreinigungsgebühren (Straßenreinigungssatzung –StrReinS-) in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.2.4 Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung - AbfGS -) 3755/2013

Beschluss:

1. Der Rat nimmt die zur Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung -AbfGS-) erstellte Gebührenberechnung zustimmend zur Kenntnis (Anlagen 4 – 6).
2. Der Rat beschließt die Satzung über die Abfallgebühren in der Stadt Köln (Abfallgebührensatzung -AbfGS-) in der als Anlage 2 beigefügten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

6.2.5 Änderung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Museen der Stadt Köln 3775/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die Änderung und Ergänzung der Benutzungs- und Entgeltordnung der Museen der Stadt Köln vom 15. Mai 2012 in der zu diesem Beschluss beigefügten, paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke. – zugestimmt.

6.3 Ordnungsbehördliche Verordnungen

6.3.1 1. Ordnungsbehördliche Verordnung für 2014 über das Offenhalten von Verkaufsstellen in den Stadtteilen, Kernbereich Innenstadt, Deutz, Severinsviertel, Agnesviertel, Neustadt- Süd, Rodenkirchen, Sürth, Lindenthal, Braunsfeld, Marsdorf, Sülz/Klettenberg, Weiden, Ossendorf, Ehrenfeld, Neu-Ehrenfeld, Nippes, Longerich, Chorweiler, Porz-City, Porz-Eil, Porz- Lind/Wahn/Wahnheide/Urbach, Poll, Kalk, Rath/Heumar, Dellbrück, Mül- heim, Holweide, Höhenhaus. 3659/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt gem. § 41 der Gemeindeordnung NRW in Verbindung mit § 6 des Gesetzes zur Regelung der Ladenöffnungszeiten (LÖG NRW) den Erlass der in der Anlage 1 beigefügten 1. Ordnungsbehördlichen Verordnung über das Offenhalten von Verkaufsstellen im Jahr 2014 an den in der Verordnung aufgeführten Tagen und Zeiten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) – zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit Punkt

3.1.12 Antrag der Fraktion Die Linke. betreffend "Konzept zu Ladenöffnungszeiten am Sonntag"
AN/1499/2013

behandelt.

6.4 Sonstige städtische Regelungen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

7 Unterrichtung des Rates über die von der Kämmerin/den Fachbeigeordneten genehmigten Mehraufwendungen, -auszahlungen u. -verpflichtungen für das Hj. 2013 gem. § 83 Abs. 1 u. § 85 Abs. 1 GO NRW i. V. m. der Haushaltssatzung 2013 / 2014 4112/2013

Beschluss:

Der Rat nimmt Kenntnis von folgenden durch die Kämmerin/die Fachbeigeordneten in der Zeit vom 18.09.2013 bis 05.12.2013 für das Haushaltsjahr 2013 genehmigten Mehraufwendungen und Mehrauszahlungen.

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2013 hinausgehende (überplanmäßige) Aufwendungen:

Die folgenden Mehraufwendungen wirken sich, sofern sie zahlungswirksam sind, in gleicher Höhe auf die Finanzrechnung aus und führen zu Mehrauszahlungen, die haushaltsneutral durch Umschichtungen gedeckt wurden.

1. 10.000,00 EUR in Teilplan 1301 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 10.000,00 EUR in Teilplan 0416 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

2. 1.650,00 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 1.650,00 EUR in Teilplan 0416 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

3. 1.000,00 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 1.000,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

4. 200.000,00 EUR in Teilplan 1303 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 200.000,00 EUR in Teilplan 0201 in Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

5. 3.000,00 EUR in Teilplan 0410 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 3.000,00 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

6. 1.533,80 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 11 (Personalaufwendungen) sowie 920,28 EUR in Teilplan 0507 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 2.454,08 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 15 (Transferaufwendungen)

7. 164.071,78 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen)

sowie

103.554,85 EUR in Teilplan 0504 in Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Deckung: Wenigeraufwendungen i. H. v. 103.554,85 EUR in Teilplan 0414 in Zeile 13 (Aufwendungen für Sach- u. Dienstleistungen) sowie Wenigeraufwendungen i. H. v. 164.071,78 EUR in Teilplan 0414 in Zeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen)

Über den Ansatz im Haushaltsjahr 2013 hinausgehende (überplanmäßige) Auszahlung für Investitionen

1. 15.000,00 EUR in Teilplan 0604 in Zeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen); Finanzstelle 5100-0604-0-2002

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 15.000,00 EUR in Teilplan 1301 in Zeile 8 (Auszahlungen für Baumaßnahmen)

2. 8.000,00 EUR in Teilplan 0111 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 0000-0111-0-0001

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 8.000,00 EUR in Teilplan 0401 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

3. 5.337,00 EUR in Teilplan 0401 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen); Finanzstelle 0000-0401-0-0001

Deckung: Wenigerauszahlungen i. H. v. 593,00 EUR in Teilplan 0412 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 593,00 EUR in Teilplan 0403 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 593,00 EUR in Teilplan 0404 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 593,00 EUR in Teilplan 0405 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 593,00 EUR in Teilplan 0406 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 593,00 EUR in Teilplan 0407 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 593,00 EUR in Teilplan 0408 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 593,00 EUR in Teilplan 0411 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen) sowie

Wenigerauszahlungen i. H. v. 593,00 EUR in Teilplan 0409 in Zeile 9 (Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen)

8 Überplanmäßige Aufwendungen

8.1 Mittelbewilligung für die Verbundwahlen 2014 und überplanmäßige Aufwendungen/Auszahlungen im Teilplan 0211 -Wahlen- im Haushaltsjahr 2014 3852/2013

Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales vom 09.12.2013:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die in der Begründung beschriebenen, notwendigen Beschaffungen durchzuführen.
2. Die erforderlichen Mittel für die Kommunal-, Europa- und Integrationsratswahl sind im Haushaltsplan 2013/2014 veranschlagt.
Für Optimierungsmaßnahmen, die aus Erfahrungen aus der Bundestagswahl 2013 resultieren, sind für das Haushaltsjahr 2014 zusätzliche Mittel bereitzustellen.

2.1. Der Rat beschließt daher überplanmäßige Aufwendungen für das Haushaltsjahr 2014 im Teilplan 0211 -Wahlen- in Teilplanzeile 13 -Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen- in Höhe von 55.000 €, in Teilplanzeile 14 -bilanzielle Abschreibungen- in Höhe von 30.000 €

Die Deckung erfolgt durch Mehrerträge im Teilplan 0205 - Verkehrsüberwachung- in Teilplanzeile 7 -sonstige ordentliche Erträge- in Höhe von 55.000 € sowie Wenigeraufwendungen im Teilplan 0212 -Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst- in Teilplanzeile 14 -bilanzielle Abschreibungen- in Höhe von 30.000 €

2.2. Darüber hinaus beschließt der Rat investive überplanmäßige Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2014 im Teilplan 0211 -Wahlen- in Teilplanzeile 09 -Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen- in Höhe von 300.000 € (Finanzstelle 0000-0211-0-0001, Beschaffung beweglichen Anlagevermögens).

Die Deckung erfolgt durch Wenigerauszahlungen im Teilplan 0212 -Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst- in Teilplanzeile 09 -Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen- in Höhe von 300.000 € (Finanzstelle 3701-0212-0-0100, Kraftfahrzeuge).

Die weiteren benötigten investiven Mittel in Höhe von 175.000 € stehen im Teilplan 0211 -Wahlen- im Haushaltsjahr 2013 zur Verfügung und werden durch Ermächtigungsübertragung im Haushaltsjahr 2014 erneut bereitgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

8.2 überplanmäßiger zahlungswirksamer Aufwand in Teilergebnisplan 0502 im Haushaltsjahr 2014 - hier: kommunale Eingliederungsleistungen 3264/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2014 einen überplanmäßigen zahlungswirksamen Mehraufwand in Höhe von 700.000 € in Teilergebnisplan 0502, Kommunale Leistungen nach dem SGB II, in Zeile 16, sonstige ordentliche Aufwendungen.

Deckung erfolgt durch entsprechenden Wenigeraufwand in Teilergebnisplan 1005, Leistungen zur Vermeidung von Obdachlosigkeit, in Zeile 15, Transferaufwendungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln zugestimmt.

8.3 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0402 - Museum Ludwig - für das Haushaltsjahr 2013 3731/2013

I. Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NW in Höhe von 788.000 € im Teilplan 0402 – Museum Ludwig - in den Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen), 14 (Bilanzielle Abschreibungen) und 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) im Haushaltsjahr 2013.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln

II. Beschluss:

Der überplanmäßige Aufwand wird zunächst durch Wenigeraufwendungen im Teilplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft - in der Teilplanzeile 20 (Zinsen und sonstige Fi-

nanzaufwendungen) in entsprechender Höhe gedeckt, da im Budget des Kulturdezernates keine Deckung zur Verfügung steht.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln

III. Beschluss:

Weiterhin beschließt der Rat, dass das Museum Ludwig ein Konzept entwickelt, mit dem Ziel, das Defizit von 788.000 € in den Haushaltsjahren 2014 – 2016 zurück zu führen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

IV. Gesamtabstimmung:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NW in Höhe von 788.000 € im Teilplan 0402 – Museum Ludwig - in den Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen), 14 (Bilanzielle Abschreibungen) und 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) im Haushaltsjahr 2013.

Der überplanmäßige Aufwand wird zunächst durch Wenigeraufwendungen im Teilplan 1601 – Allgemeine Finanzwirtschaft - in der Teilplanzeile 20 (Zinsen und sonstige Finanzaufwendungen) in entsprechender Höhe gedeckt, da im Budget des Kulturdezernates keine Deckung zur Verfügung steht.

Weiterhin beschließt der Rat, dass das Museum Ludwig ein Konzept entwickelt, mit dem Ziel, das Defizit von 788.000 € in den Haushaltsjahren 2014 – 2016 zurück zu führen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln

Anmerkung:

Ratsmitglied Dr. Elster beantragt im Namen der CDU-Fraktion abschnittsweise einzeln abzustimmen.

8.4 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0405 - Museum für Angewandte Kunst für das Haushaltsjahr 2013 3942/2013

I. Beschluss:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NW in Höhe von 340.000 Euro im Teilergebnisplan 0405 – Museum für Angewandte Kunst in den Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und Teilplanzeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen) für das Haushaltsjahr 2013.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.

II. Beschluss:

Die Deckung des überplanmäßigen Aufwandes erfolgt durch Wenigeraufwendungen in Höhe von 280.600 € im Teilplan 0412 – Historisches Archiv – in der Teilplanzeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen) sowie durch Wenigeraufwendungen in Höhe von 59.400 € im Teilplan 0401 – Museumsreferat – in der Teilplanzeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen).

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.

III. Beschluss:

Weiterhin beschließt der Rat, dass das Museum für Angewandte Kunst ein Konzept entwickelt, mit dem Ziel, das Defizit von 280.600 € in den Haushaltsjahren 2014 – 2016 zurück zu führen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der FDP-Fraktion, der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) gegen die Stimmen der CDU-Fraktion und gegen die

Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) sowie bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

IV. Gesamtabstimmung:

Der Rat beschließt überplanmäßige Aufwendungen im Sinne des § 83 GO NW in Höhe von 340.000 Euro im Teilergebnisplan 0405 – Museum für Angewandte Kunst in den Teilplanzeilen 13 (Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen) und Teilplanzeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen) für das Haushaltsjahr 2013.

Die Deckung des überplanmäßigen Aufwandes erfolgt durch Wenigeraufwendungen in Höhe von 280.600 € im Teilplan 0412 – Historisches Archiv – in der Teilplanzeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen) sowie durch Wenigeraufwendungen in Höhe von 59.400 € im Teilplan 0401 – Museumsreferat – in der Teilplanzeile 16 (Sonstige ordentliche Aufwendungen).

Weiterhin beschließt der Rat, dass das Museum für Angewandte Kunst ein Konzept entwickelt, mit dem Ziel, das Defizit von 280.600 € in den Haushaltsjahren 2014 – 2016 zurück zu führen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.

Anmerkung:

Ratsmitglied Dr. Elster beantragt im Namen der CDU-Fraktion abschnittsweise einzeln abzustimmen.

9 Außerplanmäßige Aufwendungen

9.1 Genehmigung einer außerplanmäßigen Auszahlung zur Finanzierung der im Rahmen des Konjunkturprogramms II für die Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit in den Bürgerhäusern/Bürgerzentren entstandenen Honorarkosten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 4007/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 157.223,07 € im Teilfinanzplan 0507, Betrieb, Unterhaltung und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, Zeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, bei Finanzstelle 5030-0507-1-0002, Honorarkosten für KPII-Maßnahmen, Haushaltsjahr 2013 zur Finanzierung der

im Rahmen des Konjunkturprogramms II für die Umsetzung der Maßnahmen zur Verbesserung der Barrierefreiheit in den Bürgerhäusern/ Bürgerzentren entstandenen Honorarkosten der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.

Die Deckung der außerplanmäßigen Auszahlung erfolgt durch Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan 1004, Bereitstellung und Bewirtschaftung von Wohnraum, Zeile 8, Auszahlung für Baumaßnahmen, Finanzstelle 5620-1004-5-5122, Sanierung auf dem Ginsterberg 6-34.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

10 Allgemeine Vorlagen

10.1 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2011 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln 2290/2013

Beschluss:

1. Der Rat stellt gem. § 4 Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) i. V. m. § 4 der Betriebssatzung der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln den Jahresabschluss zum 31.12. 2011 der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln fest und beschließt, aus dem Jahresüberschuss von EUR 53.039.167,57 einen Betrag von EUR 45.578.500,00 an den Haushalt der Stadt Köln abzuführen und den verbleibenden Betrag von EUR 7.460.667,57 der Gewinnrücklage zuzuführen.
2. Dem Betriebsausschuss und der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

10.2 3. Baustufe Nord-Süd Stadtbahn / Erweiterter Planungsbeschluss 2790/2013

**Änderungsantrag von Ratsmitglied Andreas Henseler (Freie Wähler Köln)
AN/1526/2013**

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln):

Die Verwaltung wird zusätzlich aufgefordert, die über den Planfeststellungsbeschluss hinaus gehenden Nebenanlagen auf der Grundlage eines zu erstellenden Verkehrskonzeptes für den Kölner Süden zu planen.

Die Bonner Straße soll zwischen dem Gürtel und dem Knoten Markt-/Schönhauser Straße dreispurig mit zwei stadteinwärts führenden Spuren planfestgestellt werden.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) - **abgelehnt**.

II. Beschluss gemäß modifizierter Empfehlung der Verwaltung aus Anlage 39:

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die Planung der 3. Baustufe der Nord-Süd-Stadtbahn von der Schönhauser Straße bis zum Verteilerkreis Köln-Süd auf der Grundlage der Entwurfsplanung von September 2013 weiterzuverfolgen, die Genehmigungsplanung zu erstellen und die Planfeststellung bei der Bezirksregierung zu beantragen.

Hierbei sind nur die für den Stadtbahnbau unbedingt notwendigen Flächen zur Planfeststellung zu bringen.

Zudem wird die Verwaltung aufgefordert, die Planung der Endhaltestelle auf Höhe der Lindenallee (Anlage 8) weiterzuverfolgen sowie bei der Anbindung an den Verteilerkreis, vorbehaltlich der Abstimmungen mit dem Landesbetrieb Straßenbau Nordrhein-Westfalen, die Geradlinigkeit und den Alleecharakter der Bonner Straße bis zum Verteilerkreis gemäß Anlage 20 durchzuführen.

Des Weiteren wird die Verwaltung beauftragt, alle Haltestellen als Mittelbahnsteige auszuführen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) - **zugestimmt**.

**10.3 Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramm auflegen
2829/2013**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1523/2013**

Modifizierter Beschlussvorschlag in der Fassung des gemeinsamen Änderungsantrages:

Um die Investitionen in den geförderten Wohnungsbau kurzfristig zu erhöhen, beschließt der Rat in Ergänzung des am 15.05.2012 beschlossenen kommunalen Wohnungsbauförderungsprogramms folgendes Sonderprogramm:

1. Investoren, die mit Fördermitteln des Landes oder der Stadt Wohnungen in Stadtteilen mit einem geringen, deutlich unterdurchschnittlichen Angebot und damit mit einem besonders großen Bedarf an preiswertem Wohnungsbau neu bauen, erhalten zusätzlich einen einmaligen städtischen Investitionskostenzuschuss von 150 € je Quadratmeter Wohnfläche von Wohnung der Einkommensgruppe A. Einen derartigen Bedarf sieht der Rat in den Stadtteilen Altstadt/Süd, Neustadt/Süd, Altstadt/Nord, Neustadt/Nord, Deutz, **Riehl, Nippes, Neuehrenfeld, Ehrenfeld, Müngersdorf, Weiden**, Junkersdorf, Braunsfeld, Lindenthal, Sülz, Klettenberg, **Zollstock, Raderberg, Raderthal, Bayenthal**, Marienburg, Rodenkirchen, **Sürth, Poll, Westhoven und Brück**. Das Sonderprogramm ist auf diese Stadtteile begrenzt. Bei Bauvorhaben, die räumlich über eine Stadtteilgrenze hinausgehen, reicht es aus, wenn mindestens 50 Prozent der geförderten Wohnungen in einem der genannten Stadtteile realisiert werden. Der Investitionskostenzuschuss kann im Fall eines Kaufs eines nicht-städtischen Grundstücks mit dem Zuschuss gem. Ziff. 2 des Ratsbeschlusses vom 15.05.2012 („Förderatlas“) kombiniert werden.
2. Das Sonderprogramm hat ein Fördervolumen von einmalig 2 Mio. EUR. Der Zuschuss wird nach der Reihenfolge der bewilligungsreifen Anträge bewilligt. Das Sonderprogramm gilt für neue Antragstellungen im Förderjahr 2014. Der Zuschuss wird nur geleistet, wenn aus der Beschlussfassung zum Kooperativen Baulandmodell bzw. aus bestehenden Ratsbeschlüssen keine Verpflichtung besteht, einen Mindestanteil an Sozialwohnungen zu errichten. Insofern haben Investoren, die ein städtisches Grundstück mit einem 20-prozentigen Kaufpreinsnachlass erworben haben, auch keinen Anspruch auf städtische Förderung in Form des Investitionskostenzuschusses.
3. Auf die Erhebung einer Verwaltungsgebühr wird verzichtet.
4. Die Laufzeit des Programms beginnt am 01.01.2014. Im Falle der Fortführung des Programms nach 2014 wird im Vorfeld geprüft, ob und inwieweit das Programm die Ziele des Kooperativen Baulandmodells hinreichend flankiert. Gegebenenfalls wird es entsprechend modifiziert.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, einiger Stimmen aus der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde), bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Ludwig (Fraktion Die Linke.) – zugestimmt.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Studentendorf aus modernen Wohncontainern"
AN/1495/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1531/2013

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Erweiterung des Mediaparks zum Zwecke des studentischen Wohnungsbaus"
AN/1485/2013

15.1 Abschluss städtebaulicher Verträge bei Bebauungsplanverfahren auf der Grundlage einer standardisierten Verfahrensweise;
hier: Beschluss über das "Kooperative Baulandmodell Köln"
NEUFASSUNG VOM 18.09.2013
4325/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.
AN/1505/2013

behandelt

10.4 Fortführung "Win-Win für Köln" mit Verlängerung von 2 befristeten Stellen und Baubeschluss für die Sanierung des Rheinparkcafés 2843/2013

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt die Fortführung des Projektes „Win-Win – für Köln“, ein kombiniertes Programm der Arbeitsmarkt-, Sozial- und Bildungspolitik, im Amt für Wirtschaftsförderung, Abteilung Arbeitsmarktförderung. Im Rahmen der Fortführung des Projektes beschließt der Rat der Stadt Köln, vorbehaltlich des positiven Ausgangs eines Interessenbekundungsverfahrens zur Sicherstellung einer wirtschaftlichen Nutzung, die Baumaßnahme „Sanierung des Parkcafés im Rheinpark“ mit Gesamtkosten in Höhe von 2.720.000 € und beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung der Baumaßnahme gemäß der erfolgten Planung des Architekturbüros und der Fachingenieure. Damit wird dem Vorschlag Nr. 3743 des Bürgerhaushaltes 2008, Themenbereich Grünflächen, Rang 11, entsprochen.

Außerdem beschließt der Rat für den Baubeginn die erste Freigabe einer investiven Auszahlungsermächtigung des Teilfinanzplanes 1501 –Wirtschaft und Tourismus- in Höhe von 150.000,00 € bei der Finanzstelle 8040-1501-1-5001, Sanierung Parkcafé, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2013.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die zur Umsetzung der Aufgabe erforderlichen und bisher bis zum 31.12.2013 befristet eingerichteten Stellen

1 Stelle StOI BGr. A10 BBO bzw. VA VGr. IVb, Fg. 1aBAT (EG 9 TVöD)
1 Stelle VA VGr. VIII/VII Fg 1b/1c (EG 3 TVöD)

bis zum 31.12.2015 zu verlängern.

Die Deckung der zusätzlichen Personalaufwendungen in Höhe von jährlich 103.300 € und der zusätzlichen Sachaufwendungen in Höhe von 25.600 € erfolgt durch Wenigeraufwendungen im Teilplan 1501 – Wirtschaft und Tourismus – veranschlagten Transferaufwendungen des Stadtverschönerungsprogramms.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der FDP-Fraktion und der Fraktion Die Linke. - zugestimmt.

10.5 Generalsanierung und Erweiterung der Hauptfeuerwehrezentrale Köln Weidenpesch 3892/2012

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 5).

10.6 Betrauung der KVB mit der Planung, dem Bau, dem Betrieb und der Unterhaltung des BOS-Funks in Stadtbahntunneln 2622/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt, die KVB mit der Planung, dem Bau, dem Betrieb und der Unterhaltung des BOS-Funks in Stadtbahntunneln zu betrauen.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt in diesem Zusammenhang die Verwaltung mit der Aufnahme der sich aus dem Betrieb und der Unterhaltung des BOS-Funks in Stadt-

bahntunneln ergebenden Folgekosten in die Betrauungsregelung vom 15.12.2005/24.06.2008. Die Anpassung der Finanzierungsbausteine und der entsprechenden Parameter erfolgt mit dem Monat der Fertigstellung und Inbetriebnahme. Bei der Ermittlung der Folgekosten sind evtl. gewährte Fördermittel in Abzug zu bringen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.7 Mittagstisch für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kalk Karree
2901/2013**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 5).

**10.8 Erweiterung der Mensa am Gymnasium Pesch, Schulstr. 18, 50767 Köln
(Pesch)
Baubeschluss
3122/2013**

Beschluss:

Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Erweiterung der Mensa am Gymnasium Pesch, Schulstr. 18 in 50767 Köln nach EnEV 2009 mit Gesamtkosten in Höhe von 823.338 € brutto (inkl. 10.000 € Einrichtungskosten) und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die aus dem städtischen Haushalt zu finanzierenden Mietmehrkosten incl. Nebenkosten in Höhe von 98.300 € sind ab dem Haushaltsjahr 2015 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.9 Jugendeinrichtung Weiden
3174/2013**

Beschluss gemäß modifiziertem Verwaltungsvorschlag:

Der Rat der Stadt Köln beschließt im Teilfinanzplan 0604- Kinder- und Jugendarbeit in Teilplanzeile 11- Auszahlung von aktivierbaren Zuwendungen eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von 1.100.000 Euro für die Jugendeinrichtung Weiden.

Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan 1202- Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV aus der Finanzstelle 6903-1202-0-8012- Einbau von Löschwasserleitungen in Stadtbahntunnel Hj 2013.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der FDP-Fraktion bei Stimmenthaltung der Fraktion pro Köln - zugestimmt.

10.10 Unterstützung der "Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland" 3333/2013

Beschluss:

Die Stadt Köln unterstützt die „Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen in Deutschland“, initiiert von der Deutschen Gesellschaft für Palliativmedizin, dem Deutschen Hospiz- und Palliativverband und der Bundesärztekammer. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Umsetzung der in der Charta geforderten Grundsätze zu verfolgen. Der Rat wird sich im Rahmen der ihm gegebenen Möglichkeiten für die Umsetzung der Charta einsetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.11 Verlängerung der Sperrbezirke im Kölner Süden; Antrag an die Bezirksregierung Köln 3407/2013

Beschluss:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, den zum 01.05.2011 für zunächst ein Jahr in Kraft getretenen und dann um zwei Jahre bis zum 01.05.2014 verlängerten temporären Sperrbezirk für Straßenprostitution in der Zeit von 06:00 Uhr bis 20:00 Uhr im Kölner Süden unbefristet zu verlängern.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, bei der Bezirksregierung Köln zu beantragen, den zum 01.05.2011 für drei Jahre in Kraft getretenen 24-Stunden Sperrbezirk (Köln Meschenich) für Straßenprostitution im Kölner Süden unbefristet zu verlängern.
3. Der mit Ratsbeschluss vom 07.04.2011 eingerichtete Beirat, der die Entwicklung im Zusammenhang mit den Sperrbezirksregelungen begleitet, wird gebeten, seine Arbeit fortzusetzen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.

10.12 Stadtentwässerungsbetriebe Köln, AöR (StEB) Wirtschaftsplan 2014 3438/2013

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt dem als Anlage 2 beigefügten Wirtschaftsplan 2014 gemäß § 7 Abs. 2 der StEB-Satzung mit folgender Einschränkung zu: „Aktivitäten der StEB, die Mehrausgaben im städtischen Haushalt zur Folge haben, sind zunächst einzelfallbezogen zwischen der Stadt Köln und den StEB abzustimmen, damit die Verwaltung zu eventuell erforderlichen über- oder außerplanmäßigen Ausgaben des städtischen Haushalts gesonderte Entscheidungen des Rates der Stadt Köln einholen kann“.

Gleichzeitig nimmt der Rat den aktualisierten Tilgungsplan des Trägerdarlehens ab 01.01.2014, der als Anlage 3 beigefügt ist, zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

10.13 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.12.2012 und des Lageberichts für das Wirtschaftsjahr 01.01.2012 - 31.12.2012 des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln 3447/2013

Beschluss:

1. Der Rat stellt gemäß § 5 Abs. 1 c der Betriebssatzung der Stadt Köln für das Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud in Verbindung mit § 26 Abs. 2 EigVO NRW den mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 11.10.2013 der

Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dipl.-Kfm. Hans M. Klein + Partner, Köln, versehenen Jahresabschluss zum 31.12.2012 sowie den Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 01.01.2012 bis 31.12.2012 fest.

2. Der Überschuss des Wirtschaftsjahres vom 01.01.2012 bis zum 31.12.2012 in Höhe von EUR 784.610,55 wird mit dem Verlustvortragvortrag in Höhe von EUR 70.295,86 verrechnet. Der Restbetrag in Höhe von EUR 714.314,69 wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.
4. Dem Betriebsausschuss wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

10.14 Änderung der Statuten des Umweltschutzpreis der Stadt Köln 3494/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die geänderten Statuten (Anlage 1) mit einem zweiten Umweltschutzpreis in Höhe von 4.000 € für Kinder-, Jugend- und Schülergruppen, einer Verkürzung des Ausschreibungszeitraumes auf zwei Jahre und der Aufnahme einer Vertreterin/eines Vertreters der Abfallwirtschaftsbetriebe (AWB) in die Jury.

Die Mittel sind im Haushaltsplan ab 2014 ff im Teilplan 1401 Umweltordnung und – vorsorge, bei Teilplanzeile 13 „Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen“ budgetneutral veranschlagt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.15 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes 2012 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln 3349/2013

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2012 fest.

Tilgung von Wertpapieren	12.000.000
Abschreibungen	110.100
Jahresüberschuss / Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen	51.854.300
<u>Mittelverwendung</u>	
Beschaffung von Betriebs- und Geschäftsausstattung	20.000
Erwerb von Wertpapieren und sonstigen Anlagen	65.531.000

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

10.17 Feststellung des Wirtschaftsplanes 2014 der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln - Versicherungszweig Freiwillige Versicherung - 3462/2013

Beschluss:

Der Rat stellt den Wirtschaftsplan der Zusatzversorgungskasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2014 im Versicherungszweig der Freiwilligen Versicherung wie folgt fest:

Erfolgsplan:

<u>Erträge und Aufwendungen</u>	Ansatz 2014 Euro
Verdiente Beiträge	4.262.000
Erträge aus Kapitalanlagen	1.603.300
Aufwendungen für Versicherungsfälle	-459.100
Veränderung der übrigen versicherungstechnischen Rückstellungen	-4.176.760
Aufwendungen für den Versicherungsbetrieb	-68.200

Aufwendungen für Kapitalanlagen	-8.900
Versicherungstechnisches Ergebnis	1.152.340
Nichtversicherungstechnisches Ergebnis	-5.300
Einstellung in die Verlustrücklage	1.147.040
<u>Jahresüberschuss</u>	<u>0</u>

Vermögensplan:

	Ansatz 2014 Euro
<u>Mittelherkunft</u>	<hr/>
Tilgung von Wertpapieren	
Abschreibungen	0
Jahresüberschuss	1.147.040
Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen	4.176.760
<u>Mittelverwendung</u>	
Erwerb von Wertpapieren und sonstigen Anlagen	5.323.800

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

**10.18 Mitteilung über eine Kostenerhöhung gemäß § 24 Abs. 2 GemHVO i.V.m. § 8 Ziffer 7 der Haushaltssatzung der Stadt Köln für das Haushaltsjahr 2013 bei der Finanzstelle 6901-1202-5-0240, Fußgängerbrücke Ginsterberg
2501/2013**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Kostenerhöhung für die „Fußgängerbrücke Ginsterberg“ um rund 169.500,00 EUR auf eine Gesamtsumme von rund 374.000,00 EUR zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit der Fortführung Baumaßnahme.

Gleichzeitig beschließt der Rat die Bereitstellung und Freigabe investiver Auszahlungsermächtigungen im Teilfinanzplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV, Finanzstelle 6901-1202-5-0240, Fußgängerbrücke Ginsterberg, Teilplanzeile 8 – Auszahlungen für Baumaßnahmen, Hj. 2013 in Höhe von 107.500,00 EUR im Rahmen der echten Deckungsfähigkeit durch Wenigerauszahlung im gleichen Teilfinanzplan, in gleicher Teilplanzeile, bei Finanzstelle 6903-1202-1-6306; - Neubau Hst. auf der Severinsbrücke -, Hj. 2013. Die Mittel werden dort nicht benötigt, da sich die Maßnahme zeitlich verschiebt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.19 Einzelhandels- und Zentrenkonzept Köln 3750/2010

Beschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 12.12.2013:

1. Der Rat beschließt das Einzelhandels- und Zentrenkonzept (Anlage 1 - Langfassung) als städtebauliches Entwicklungskonzept nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse einer umfassenden Öffentlichkeitsbeteiligung. Beschlossen werden hiermit insbesondere die Zentren- und Standortstruktur, die Abgrenzungen der zentralen Versorgungsbereiche, die Steuerungs- und Ansiedlungsregeln sowie die Modifikation der Kölner Sortimentsliste.

Der Rat folgt damit auch den Empfehlungen der Projektgruppe Einzelhandelskonzept.

2. Zur Unterstützung der Umsetzung des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes beauftragt der Rat die Verwaltung, einen Konsultationskreis unter Beteiligung der Interessenvertretungen des Einzelhandels einzurichten. Die Verwaltung wird beauftragt hierzu ein Konzept zu erarbeiten und dem Rat zum Beschluss vorzulegen.
3. Der Rat nimmt die im Teil B des Einzelhandels- und Zentrenkonzeptes enthaltenen Handlungsempfehlungen zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung die dargestellten Änderungen zu prüfen. Bei positivem Prüfergebnis erfolgt die Umsetzung im Rahmen der vorhandenen finanziellen und personellen Möglichkeiten. Zur konkreten Ausgestaltung, zur Finanzierung und zur zeitlichen Umsetzung von Einzelprojekten sind von den jeweils zuständigen Gremien Beschlüsse im Rahmen von Einzelvorlagen erforderlich.
4. Der Rat beauftragt die Verwaltung, ein Konzept für die Fortschreibung des Einzel-

handels- und Zentrenkonzeptes zu erarbeiten und zum Beschluss vorzulegen.

Dabei sind nachfolgende Änderungen zu berücksichtigen:

1. NVZ Raderberg, Brühler Straße
wird der Erweiterung gem. Anlagen 4.5 und 4.5a nicht zugestimmt.
2. Ansiedlung eines Lebensmittel-Discounters an der Kalk-Mülheimer Straße/
Karlsruher Straße
wird dem Beschlussvorschlag der Verwaltung gefolgt, mit der Maßgabe, dass
es sich um die Verlagerung des jetzigen südlich an der Stadtautobahn gelegen-
nen Marktes handelt.
3. der Ausweitung des NVL Bilderstöckchen, Schiefersburger Weg Ost auf das
Gelände des ehemaligen Rangierbahnhofs wird nicht zugestimmt.
4. Verkaufsflächen zentrenrelevanter Randsortimente (LEP 6):
„Die absolute Obergrenze wird auf 800 qm VKF festgesetzt“
Dies ist bei der Bauleitplanung zwingend zu berücksichtigen

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.

10.20 Feststellung des Jahresabschlusses und des Lageberichtes für das Wirtschaftsjahr 2012 der Beihilfekasse 3309/2013

Beschluss:

Der Rat stellt den Jahresabschluss und den Lagebericht der Beihilfekasse der Stadt
Köln für das Wirtschaftsjahr 2012 fest und entlastet den Kassenleiter.

Der Jahresfehlbetrag 2012 wird mit dem Gewinnvortrag aus dem Vorjahr verrechnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.

10.21 Feststellung des Wirtschaftsplanes der Beihilfekasse der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2014 3308/2013

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 15 der Satzung der Beihilfekasse der Stadt Köln in Verbindung mit § 97 Absatz 4 GO NRW den Wirtschaftsplan 2014 (Anlage 1) fest.

Gleichzeitig beschließt der Rat für das Wirtschaftsjahr 2014 die Finanzierung mit einem Umlagesatz von

7,87 % für Beihilfen Beamte/Beamtinnen

0,12 % für Pflegeversicherung Beamte/Beamtinnen

0,08 % für Beihilfen Beschäftigte

der Dienstbezüge (ohne Mehrarbeits-/Überstundenvergütung, ZVK-Umlagen, Sozialversicherung, Jahressonderzahlung)

und einem Gesamtbetrag von 21.300.729 Euro für Beihilfen an Versorgungsempfänger/Versorgungsempfängerinnen.

Die Beihilfekasse wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zum Höchstbetrag von 2.500.000 Euro in Anspruch zu nehmen, sofern die Stadt Köln keine Akontozahlung zur Beseitigung bestehender Liquiditätsprobleme leistet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.

10.22 Sanierung der Fensteranlage im Museum für Angewandte Kunst 1375/2013

Beschluss in der von der Kulturdezernentin – Frau Laugwitz-Aulbach – vorge-tragenen Fassung:

1. Der Rat beauftragt die Verwaltung auf Grundlage der Entwurfsplanung von WIEGMANN-Architekten mit der Aus- und Fortführung des Projektes „Sanierung der Fensteranlage im Museum für Angewandte Kunst“ mit Gesamtbaukosten von 3.730.000 €

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung, die zur Finanzierung benötigten Finanzmittel aus dem Renovierungsprogramm der Museen ab dem Hj. 2014 ff. bereitzustellen. Die entsprechenden Mittel stehen im Teilplan 0401 – Museumsreferat, Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung (bisher vorgesehen: 2014: 1,0 Mio. €, 2015 1,32 Mio. €, 2016 ff 0,6 Mio. €).

3. In Abänderung des Beschlusses des Ausschusses Kunst und Kultur und Finanzausschusses vom 01.07. bzw. 15.07.2013 (Session-Nr. 1639/2013) werden aus dem

Renovierungsprogramm für das Haushaltsjahr 2016 statt der bisher vorgesehenen 607.000 € Mittel in Höhe von 730.000 € bereitgestellt.

4. Weiterhin beauftragt der Rat die Verwaltung mit der europaweiten Ausschreibung der Architektenleistung der Leistungsphase 4-9 (Ausführungsplanung und Bau) zur Sanierung der Fensteranlage. Der Rat verzichtet auf einen Vergabevorbehalt. Die erwarteten Kosten für die Architektenleistung belaufen sich auf rd. 205.000 € und werden aus den Vorbereitungsmitteln gedeckt. Entsprechende Rückstellungen für die Durchführung der Maßnahme wurden bereits im Haushaltsjahr 2012 gebildet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.23 Sport in Metropolen

**hier: Fortführung der Sportnetzwerkarbeit im Stadtbezirk Mülheim bis Ende 2014; Begleitung und Federführung des Projektes SpoBiG im Rahmen von Mülheim 2020
3319/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt in Abänderung seines Beschlusses vom 14.07.2011 die Fortführung der begonnen Sportnetzwerkarbeit im Rahmen von Sport in Metropolen im Stadtbezirk Mülheim bis zum Ende der Projektlaufzeit von Mülheim 2020 (Ende 2014) fortzuführen um die Begleitung des Sportprojektes von Mülheim 2020 entsprechend fachlich abzusichern und um die Synergieeffekte für die Nachhaltigkeit über das Jahr 2014 hinaus nutzen zu können.

Die Verwaltung wird beauftragt den Zeit- Maßnahmenplan um ein Jahr zu verschieben und im Jahr 2014 den Ausstieg aus der Sportnetzwerkarbeit in Mülheim zu vollziehen und im Jahr 2015 die Aufbauarbeit in einem weiteren Kölner Stadtbezirk zu beginnen.

Die Verwaltung wird zur Weiterführung von Sport in Metropolen in einem neuen Stadtbezirk eine Bedarfsanalyse erstellen und dem Sportausschuss einen Beschluss unterbreiten, welcher Stadtbezirk berücksichtigt werden soll.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der CDU-Fraktion - zugestimmt.

**10.24 Feststellung des Jahresabschlusses zum 31.08.2012 des Gürzenich-Orchesters Köln
3527/2013**

Beschluss:

1. Gemäß § 4 c der Betriebssatzung des Gürzenich-Orchesters Köln in Verbindung mit § 26 Abs. 3 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO NW) werden der mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk vom 15.5.2013 der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft BDO AG versehene Jahresabschluss zum 31.8.2012 sowie der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2011 bis 31.8.2012 festgestellt.
2. Der Bilanzverlust für das Wirtschaftsjahr vom 1.9.2011 bis zum 31.8.2012 in Höhe von EUR 173.697,98 der sich aus dem Jahresfehlbetrag 2011/2012 in Höhe von EUR 123.485,58 nach Verrechnung mit dem Verlustvortrag von EUR 60.333,40 sowie Entnahmen aus den Gewinnrücklagen in Höhe von EUR 10.121,00 ergibt, wird auf neue Rechnung vorgetragen.
3. Der Betriebsleitung wird Entlastung erteilt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.25 Wirtschaftsplan des Wallraf-Richartz-Museums & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2014
3720/2013**

Beschluss:

Der Rat stellt gemäß § 5 der Betriebssatzung i.V. mit § 4 der Eigenbetriebsverordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (EigVO) den Wirtschaftsplan der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Wallraf-Richartz-Museum & Fondation Corboud der Stadt Köln für das Wirtschaftsjahr 2014 fest.

Die Betriebsleitung wird ermächtigt, zur rechtzeitigen Leistung von Ausgaben Kassenkredite bis zu einem Höchstbetrag von 500.000 € in Anspruch zu nehmen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.26 Ideenwettbewerb "Zentrum zeitgenössische Kunst"
Institutionelle Förderung 2014 bis 2018
3754/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt, für das Haushaltsjahr 2014 dem im Rahmen des obigen Ideenwettbewerbs ausgewählten Temporary Gallery e.V. einen institutionellen Zuschuss in Höhe von 80.000 Euro zu gewähren. Der Zuschuss ist als Förderung der Struktur für die Etablierung eines Zentrums für zeitgenössische Kunst in Köln zweckgebunden.

Die Gewährung der Zuschüsse 2015 bis 2018 steht jeweils unter Haushaltsvorbehalt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.

**10.27 Finanzneutrale Umschichtungen im Teilplan 0416 - Kulturförderung im
Haushaltsjahr 2014
3766/2013**

**Beschluss gemäß Empfehlung des Ausschusses Kunst und Kultur aus seiner
Sitzung vom 26.11.2013:**

Der Rat beschließt folgende finanzneutrale Umschichtungen im Teilplan 0416 – Kulturförderung, Teilplanzeile 15 - Transferaufwendungen für das Haushaltsjahr 2014:

	Betrag lt. Hpl. 2014	Veränderung	Betrag neu
Z Interkulturelle Kunstprojekte	137.571,00 €	-10.000,00 €	127.571,00 €
Z Kulturwerk des BBK	65.000,00 €	-65.000,00 €	0,00 €
Z Zentrum für zeitgenössische Kunst	0,00 €	80.000,00 €	80.000,00 €
Z Sonstige Kunstinitiativen	195.048,00 €	60.606,00 €	255.654,00 €
Zentrum für Alte Musik	80.000,00 €	35.000,00 €	115.000,00 €
Projektförderung von musikalischen Veranstaltungen	244.163,00 €	-30.000,00 €	214.163,00 €
Z Literaturförderung	100.000,00 €	-13.000,00 €	87.000,00 €
Z Literaturhaus	75.000,00 €	25.000,00 €	100.000,00 €
Z Filmförderung	120.500,00 €	10.000,00 €	130.500,00 €
Z Filmhaus e. V.	10.000,00 €	-10.000,00 €	0,00 €
Z allgemein/41	62.101,00 €	-7.000,00 €	55.101,00 €
Gesamtsumme	1.089.383,00 €	75.606,00 €	1.164.989,00 €

Darüber hinaus wird beschlossen, Mittel aus Teilplan 0416, Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen in die Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen umzuschichten.

	Betrag lt. Hpl. 2014	Veränderung	Betrag neu
Sonst. Ordentl. Aufwendungen	1.636.156,31 €	-75.606,00 €	1.560.550,31 €

Außerdem wird die Förderung für das Kulturwerk des BBK für 2014 unter Teilplanzeile 16 – Sonstige ordentliche Aufwendungen in die Teilplanzeile 15 – Transferaufwendungen, „Z Sonstige Kunstinitiativen“ durch einen Zuschuss in Höhe von 30.000 aufrecht erhalten.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt bei Enthaltung der Fraktion pro Köln.

10.28 Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV Sanierung der Brückenbauwerke Merianstraße über den Fühlinger See und Industriestraße 3574/2013

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt der Instandsetzung der Brückenbauwerke Merianstraße über den Fühlinger See und Industriestraße bei Gesamtkosten in Höhe von 2.310.000,00 Euro zu und beauftragt die Verwaltung mit der Umsetzung.

Die benötigten Mittel in Höhe von 2.310.000,00 Euro sind im städtischen Haushalt 2013/2014 einschließlich der Finanzplanung bis 2017 im Teilergebnisplan 1202 - Brücken, Tunnel, Stadtbahn, ÖPNV - in Teilplanzeile 13 – Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, berücksichtigt.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Oberbürgermeister Jürgen Roters übernimmt wieder die Leitung der Sitzung.

10.29 Errichtung von Wohnhäusern auf städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien 2649/2013

Änderungsantrag der FDP-Fraktion AN/1525/2013

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Vertagungsantrag von Ratsmitglied Granitzka:

Den Antrag von Ratsmitglied Granitzka, die Entscheidung über die Angelegenheit zurückzustellen, lehnt der Rat mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln ab.

II. Beschluss gemäß Ziffer 1 des Änderungsantrages der FDP-Fraktion:

1. Der Rat der Stadt Köln verzichtet auf die Planung und Errichtung von Wohngebäuden auf dem städtischen Grundstück Lachemer Weg, 50737 Köln-Longerich, Gemarkung Longerich, Flur: 97, Flurstück: 273.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln abgelehnt.

III. Beschluss gemäß Ziffer 2 des Änderungsantrages der FDP-Fraktion:

2. Der Rat beauftragt die Verwaltung damit, die von der Katholischen Kirche angebotene Kirchenimmobilie des leerstehenden Klarissenklosters an der Kalker Kapellenstraße zur Unterbringung von Flüchtlingen umzusetzen und ein Betreuungskonzept zu entwickeln, das die Belange von Flüchtlingen und Anwohnern berücksichtigt. Gleichzeitig bedankt sich der Rat der Stadt Köln bei der Katholischen Kirche für dieses großzügige Angebot und für ihre Unterstützung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der FDP-Fraktion abgelehnt.

IV. Beschluss gemäß Ziffer 3 des Änderungsantrages der FDP-Fraktion:

3. Die Bebauung des städtischen Grundstücks Josef-Kallscheuer-Straße, 50999 Köln Sürth, (Gemarkung Rondorf Land, Flur: 17, Flurstück: 1270) wird vorerst zurückgestellt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

V. Beschluss gemäß Ziffer 4 des Änderungsantrages der FDP-Fraktion:

4. Gleichzeitig wird der Oberbürgermeister aufgefordert, die drei anderen Alternativgrundstücke dem Rat zu nennen und anhand einer Matrix die Kriterien für deren Bewertung dem Rat offenzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der CDU-Fraktion, der FDP-Fraktion und der Fraktion pro Köln **abgelehnt**.

VI. Beschluss gemäß Verwaltungsvorlage betreffend Standort Josef-Kallscheuer Straße, Köln Sürth im Stadtbezirk Rodenkirchen:

Der Rat beschließt die Planung zur Errichtung von Wohngebäuden auf den folgenden städtischen Grundstücken zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien:

- Josef-Kallscheuer-Straße, 50999 Köln Sürth, Gemarkung Rondorf Land, Flur: 17, Flurstück: 1270

Der Rat ermächtigt die Verwaltung, die Leistungsphasen 1 bis 4 in Auftrag zu geben. Aufgrund der konstant stark ansteigenden Flüchtlingszahlen ist eine zeitliche Optimierung der Abläufe unerlässlich, um möglichst schnell neue Kapazitäten der Unterbringung zu schaffen.

Der Rat beschließt die außerplanmäßige Bereitstellung der Investitionsmittel im Haushaltsjahr 2013 im Teilfinanzplan 1004, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlung für Baumaßnahmen, bei den Finanzstellen:

- 5620-1004-2-5124 Neubau Josef-Kallscheuer-Str.; i. H. v. 135.000 €

Die Deckung erfolgt im Haushaltsjahr 2013 durch entsprechende Wenigerauszahlungen in Höhe von 135.000 € im Teilfinanzplan 1003, Teilfinanzplanzeile 11, Auszahlung von aktivierbaren Zuwendungen bei Finanzstelle 5600-1003-0-1000 - Wohnungsbauprogramm: Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, der Fraktion Die Linke. sowie mit den Stimmen der Ratsmitglieder Henseler (Freie Wähler Köln) und Zimmermann (Deine Freunde) und bei Stimmenthaltung der FDP-Fraktion zugestimmt.

Anmerkungen:

- Während der Behandlung dieses Punktes wurde die Sitzung in der Zeit von 22.22 Uhr bis 22.29 Uhr zur weiteren Beratung unterbrochen.
- Hinsichtlich des zweiten Standortes Lachemer Weg, Köln-Longerich steht die Beratung in der Bezirksvertretung Nippes noch aus. Die Entscheidung über diesen Standort wird daher bis zur folgenden Sitzung des Rates am 11.02.2014 zurückgestellt.

10.30 Errichtung eines Wohnhauses auf dem städtischen Grundstück Potsdamer Str. 1a, 50859 Köln - Weiden zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien. Baubeschluss 2846/2013

Beschluss:

Der Rat nimmt die Planung zur Bebauung des städtischen Grundstückes Potsdamer Str. 1a, 50859 Köln (Weiden), Gemarkung: Lövenich, Blatt 18, Flur 18, Flurstück 168/0, mit 13 Wohnungen und 912 m² Wohnfläche zustimmend zur Kenntnis und beschließt den Neubau des Wohnhauses in konventioneller Bauweise mit investiven Herstellungskosten in Höhe von 2.367.227 € (incl. bereits verausgabter Planungskosten in Höhe von 47.552 €).

Der Rat beschließt die Freigabe der zur Verfügung stehenden Mittel im Teilfinanzplan 1004, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen, Finanzstelle 5620-1004-3-5121, Neubau Potsdamer Str. 1a im Hj. 2013 in Höhe von 1.302.448 € und im Hj. 2014 in Höhe von 821.000 € und beauftragt die Verwaltung, 196.227 € im Haushaltsplan 2015 zu veranschlagen.

Der Rat beschließt die Herrichtung des Grundstücks und die Beseitigung von Altlasten. Für die hierfür entstehenden Aufwendungen in Höhe von 19.498 € stehen im Haushaltsjahr 2013 veranschlagte Mittel im Teilergebnisplan 1004, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

Der Rat beschließt, dass in dem Objekt keine Notaufnahme erfolgt und Betreuung und Begleitung von Bewohnern und Anwohnern durch entsprechendes Personal (Heimleiter, Sozialarbeiter, Hausmeister, Sicherheitsdienst etc.) gewährleistet wird.

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Bauvorhaben umzusetzen. Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabeverbehaltens.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die für die Inventarerstbeschaffung erforderlichen Mittel in Höhe von 24.413 € bei der Haushaltsplanung 2015 ff. zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

**10.31 Errichtung eines Wohnhauses auf dem städtischen Grundstück Kuckucksweg 10, 50997 Köln - Godorf zur Unterbringung von Flüchtlingsfamilien.
3389/2013**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Planung zur Bebauung des städtischen Grundstückes Kuckucksweg 10, 50997 Köln (Godorf), Gemarkung: Rondorf Land, Flur 42, Flurstück 589, mit 12 Wohnungen und 931 m² Wohnfläche zustimmend zur Kenntnis und beschließt den Neubau des Wohnhauses in konventioneller Bauweise mit investiven Herstellungskosten in Höhe von 2.240.936 € (incl. bereits verausgabter Planungskosten in Höhe von 60.954 €).

Der Rat beschließt die Freigabe der zur Verfügung stehenden Mittel im Teilfinanzplan 1004, Teilfinanzplanzeile 08, Auszahlungen für Hochbaumaßnahmen, Finanzstelle 5620-1004-2-5120, Neubau Kuckucksweg 10 im Hj. 2013 in Höhe von 1.289.046 € und im Hj. 2014 in Höhe von 821.000 € und beauftragt die Verwaltung, 69.936 € im Haushaltsplan 2015 zu veranschlagen.

Der Rat beschließt die Herrichtung des Grundstücks und die Beseitigung von Altlasten. Für die hierfür entstehenden Aufwendungen in Höhe von 18.058 € stehen im Haushaltsjahr 2013 veranschlagte Mittel im Teilergebnisplan 1004, Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zur Verfügung.

Der Rat beschließt, dass in dem Objekt keine Notaufnahme erfolgt und Betreuung und Begleitung von Bewohnern und Anwohnern durch entsprechendes Personal (Heimleiter, Sozialarbeiter, Hausmeister, Sicherheitsdienst etc.) gewährleistet wird.

Die Verwaltung wird ermächtigt, das Bauvorhaben umzusetzen. Der Rat verzichtet auf die Erteilung eines Vergabevorbehaltes.

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die für die Inventarerstbeschaffung erforderlichen Mittel in Höhe von 33.623 € bei der Haushaltsplanung 2015 ff. zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

10.32 Strategiepapier für ein ganzheitliches Toilettenkonzept in Köln 2594/2013

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/1528/2013

Beschlüsse:

I. Beschluss gemäß Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

1. Im Beschlusspunkt 2. wird folgende Formulierung gestrichen:
„unter Einbeziehung der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB) im Rahmen einer Inhouse-Vergabe“

Der Beschlusspunkt lautet dann:

„Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG (AWB) mit der Errichtung und dem Betrieb der öffentlichen Toilettenanlagen zu beauftragen und ermächtigt die Verwaltung, einen unbefristeten Auftrag auf Basis des Konzeptes abzuschließen.“

2. Zu den Beschlusspunkten wird noch hinzugefügt:
 5. Es werden nur Toiletten mit einem Babywickeltisch aufgestellt.
 6. Die Toiletten sind kostenfrei.
 7. Die Toiletten sind mit einem Trinkwasserspender auszurüsten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich - gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) - **abgelehnt**.

II. Beschluss gemäß Vorschlag der Verwaltung:

1. Der Rat der Stadt Köln nimmt das von der Verwaltung gemeinsam mit den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln GmbH & Co. KG (AWB) erstellte Toilettenkonzept zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Köln beschließt, die Abfallwirtschaftsbetriebe Köln GmbH & Co. KG (AWB) mit der Errichtung und dem Betrieb der öffentlichen Toilettenanlagen unter Einbeziehung der Kölner Gesellschaft für Arbeits- und Berufsförderung mbH (KGAB) im Rahmen einer Inhouse-Vergabe zu beauftragen und ermächtigt die Verwaltung, einen unbefristeten Vertrag auf Basis des Konzeptes abzuschließen.
3. Für die bereits 2014 aus dem abzuschließenden Vertrag umzusetzenden Maßnahmen werden zahlungswirksame Aufwandsermächtigungen in Höhe von 96.500

€ im Teilplan 0201 – Allgemeine Sicherheit und Ordnung – Teilplanzeile 16 (sonstige ordentliche Aufwendungen) im Haushaltsjahr 2014 freigegeben.

4. Der Rat beschließt, die bis 31.12.2014 befristete Maßnahme eines Toilettenangebots über private Unternehmen (z.B. Gaststätten) über das Jahr 2014 hinaus fortzuführen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.33 Erweiterung der Feuer- und Rettungswache Köln Chorweiler
hier: Baubeschluss
3801/2012**

Beschluss:

1. Der Rat genehmigt die Kostenberechnung zur Erweiterung der Feuer- und Rettungswache 6 in Köln Chorweiler und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und der Baudurchführung mit Gesamtkosten von 1.718.183 €
2. Der Rat beschließt die erste Freigabe der zur Baudurchführung notwendigen Mittel in Höhe von 500.000 € im Teilfinanzplan 0212, Brand- und Bevölkerungsschutz, Rettungsdienst bei Zeile 8 Auszahlungen für Baumaßnahmen, bzw. Finanzstelle 3701-0212-6-5545 „Neubau Halle FW 6“, Haushaltsjahr 2013

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.34 "Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln" -
Fortführung des sozialräumlichen Handlungsprogramms in veränderter
Form
2377/2013**

**Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die
Grünen
AN/1518/2013**

**Änderungsantrag der FDP-Fraktion
AN/1535/2013**

Beschluss in der Fassung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sowie einem Zusatz aus dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion:

Der Rat beschließt die Fortführung des erfolgreichen Programms „Lebenswerte Veedel - Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ in veränderter Form mit folgenden organisatorischen und konzeptionellen Eckpunkten:

1. Die sozialräumlichen Koordinierungsstellen werden organisatorisch bei den Bürgerämtern angebunden. Ein Bürgeramt übernimmt in Verantwortung des Stadtdirektors die Aufgaben des Controllings.
Die Stelle für die bisherige Geschäftsstelle des Programms wird für die Unterstützung der mit der Gesamtkoordination/Controlling beauftragten Bürgeramtsleitung zur Verfügung gestellt. Die dafür erforderlichen Mittel in Höhe von 67.400 € werden entsprechend des Kostenplans im Teilplan 0606, Hilfe für junge Menschen und ihre Familien, Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen eingestellt.
2. Mit der Umsetzung des Programms und der Fortführung der Koordinierungsstellen in den 11 Sozialraumgebieten werden weiterhin die ausgewählten freien Träger der Wohlfahrtspflege (zehn Personalstellen) und das Amt für Soziales und Senioren - Bürgerzentrum Chorweiler in städtischer Trägerschaft (eine Personalstelle) beauftragt.
Die erforderlichen Mittel in Höhe von insgesamt 660.800 € werden entsprechend des Kostenplans in den Teilplänen 0606, Hilfe für junge Menschen und ihre Familien, Teilplanzeile 15, Transferaufwendungen und 0507, Betrieb, Unterhalt und Förderung von Bürgerhäusern und -zentren, Teilplanzeile 11, Personalaufwendungen eingestellt.
3. Die sozialräumlichen Aktivitäten sollen zukünftig wie bisher einem integrierten Handlungsansatz folgen, dabei aber noch einmal stärker insbesondere auf Aspekte wie lokale Ökonomie, Wohnen, Grün- und Stadtplanung sowie Stadtentwicklung abstellen. Insgesamt sollen unterschiedliche sozialräumliche Ansätze in den Sozialraumgebieten noch besser abgestimmt werden. Hierbei ist eine enge Kooperation zwischen Gemeinwesenarbeit und Sozialraum sicherzustellen.
Die Verwaltung erstellt in Zusammenarbeit mit den Sozialraumkoordinatoren eine Übersicht über Angebote der Gemeinwesen – sowie der Sozialraumarbeit, um u. a. Doppelstrukturen zu vermeiden.
4. Zwischen der Verwaltung sowie dem jeweiligen Träger der Koordinierungsstelle werden jährliche Zielvereinbarungen zur Umsetzung konkreter Schwerpunkte/Ziele in den Sozialraumgebieten getroffen. Die Zielvereinbarungen sollen auch die Verankerung eines wiederkehrenden Tagungsordnungspunktes „Bericht aus dem Sozialraumgebiet“ in den Sitzungen der Bezirksvertretungen beinhalten.
5. In den Sozialraumgebieten sollen jährlich Sozialkonferenzen mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Institutionen vor Ort zur Erfassung von Bedarfslagen durchgeführt werden. Zur besseren Vernetzung und Abstimmung konkreter Maßnahmen vereinbaren die im jeweiligen Sozialraum tätigen Fachkräfte („Sozialarbeiter im Quartier“

wie z. B. Schulsozialarbeiter, ASD, Streetworker, Mitarbeiter in Jugendtreffs und Seniorennetzwerken etc.) ebenfalls eine jährliche Zusammenkunft.

6. Die im Haushalt 2014 enthaltenen Mittel für Sach-, Gemein- und Honoraraufwendungen in Höhe von ca. 85.000 € werden den Trägern in den Sozialräumen zusätzlich zur Verfügung gestellt.
Soweit allerdings durch die Tätigkeit der Sozialraumkoordination nachweislich Einsparungen kommunaler Mittel erfolgt sind, können diese Einsparungen für Infrastrukturkosten im Sozialraum zur Verfügung gestellt werden.
Die sozialräumlichen Mittel im „Modul B“ der wirtschaftlichen Jugendhilfe werden in Absprache mit den Sozialraumkoordinatoren vergeben und den Bezirksvertretungen regelmäßig zur Kenntnis gegeben.
7. Die Zentrale Lenkungsgruppe „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“ wird ersetzt durch ein politisches Gremium, das nach Hare-Niemeyer aus sieben Ratsmitgliedern und dem für das Controlling zuständige Bürgeramtsleiter zusammengesetzt ist. Die in den Sozialräumen tätigen Träger benennen für dieses Gremium zwei Teilnehmer als beratende Sachverständige. Das Gremium beschließt die zentralen Zielsetzungen („Leitziele“) und berichtet den Fachausschüssen jährlich über die Weiterentwicklung des Programms „Lebenswerte Veedel“.
8. Nach drei Jahren erfolgt eine erneute Evaluation der Wirksamkeit des Programms „Lebenswerte Veedel – Bürger- und Sozialraumorientierung in Köln“.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

10.35 Änderungsbeschluss zur Einführung des gebundenen Ganztags an weiteren 3 Kölner Schulen ab Schuljahr 2014/15 und 2015/16 2615/2013

Beschluss:

- 1.) Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung § 9 Abs. 1 SchulG NRW die Einführung des Ganztagsbetriebs beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 **zum 01.08.2014** an folgenden Schulen

1. Kaiserin-Theophanu-Schule, Gymnasium Kantstr. 3, 51103 Köln-Kalk
2. Schule Auguststraße, Förderschule emotionale und soziale Entwicklung, Auguststr. 1, 50733 Köln

sowie **zum 01.08.2015** an der

3. Peter-Ustinov-Schule, Realschule Neusser Str. 421, 50733 Köln

Der Beschluss steht unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die Bezirksregierung.

- 2.) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, bezüglich der Standorte der unter Ziffer 1 genannten Schulen, die eine Genehmigung der Bezirksregierung erhalten, die Einführung des Ganztagsbetriebs nach gesicherter Finanzierung zu betreiben.

Soweit erforderlich sind für die o.g. Schulen unverzüglich die für die Bau- und Einrichtungsmaßnahmen notwendigen Beschlüsse unter Darstellung der haushaltsmäßigen Auswirkungen herbeizuführen.

- 3.) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, die ab dem Haushaltsjahr 2014 sukzessive entstehenden zusätzlichen Personalkosten von insgesamt 12.683 € im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, bereitzustellen. Die Deckung erfolgt innerhalb des Teilergebnisplans 0301, Schulträgeraufgaben. Der Rat der Stadt Köln beschließt zum Stellenplan 2015 die Zusetzung von insgesamt rd. 0,29 Stelle Schulsekretär/in in der VGr. VIIVb BAT (EG 5 TVöD). Die jeweils für die einzelnen Schuljahre anteiligen Stellenanteile werden verwaltungsintern entsprechend bereitgestellt. Verwaltungsinterne Stellenverrechnungen werden im Rahmen der bestehenden Möglichkeiten zur Verfügung gestellt. Die ab 2015 zusätzlich entstehenden Personalkosten sind bei der Veranschlagung im Teilergebnisplan 0301 Schulträgeraufgaben zusätzlich bereit zu stellen.

- 4.) Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.36 Weiterentwicklung der Kooperation von Ernst-Simons-Realschule und Anna-Freud-Schule - Einführung Ganztags bei Zügigkeitsreduzierung an der Ernst-Simons-Realschule 3450/2013

Beschluss:

- 2.) Der Rat der Stadt Köln beschließt als innovatives Projekt zur Unterstützung schulischer Inklusion die Weiterentwicklung der schon bestehenden Kooperationsbeziehungen zwischen der Ernst-Simons-Realschule, Alter Militärring 96, 50933 Köln-Müngersdorf und der am gleichen Standort gelegenen Anna-Freud-Schule, Rheinische Förderschule mit dem Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, mit dem Landschaftsverband Rheinland als Träger der Anna-Freud-Schule eine

Kooperationsvereinbarung über die Zusammenarbeit der beiden Schulträger zu schließen.

- 3.) Der Rat der Stadt Köln beschließt vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung, dass die Ernst-Simons-Realschule gem. § 81 Abs. 2 Schulgesetz NRW (SchulG) in Verbindung mit § 9 Abs. 1 SchulG NRW beginnend mit der Jahrgangsstufe 5 **ab dem 01.08.2014** im gebundenen Ganztags geführt wird. Da die Anna-Freud-Schule ebenfalls im gebundenen Ganztags geführt wird, ergeben sich erweiterte Möglichkeiten der engen Kooperation beider Schulen.
- 4.) Der Rat der Stadt Köln beschließt gem. § 81 Abs. 2 i. V. m. Abs. 3 SchulG NRW vorbehaltlich der Genehmigung durch die Bezirksregierung eine Änderung der Aufnahmekapazität der Ernst-Simons-Realschule von bisher 3 Zügen auf zukünftig 2 Züge. Ab dem Schuljahr 2014/15 werden nur noch zwei Eingangsklassen gebildet. Die Reduzierung der Zügigkeit ermöglicht die Realisierung des gebundenen Ganztags im Raumbestand unter Berücksichtigung der Nutzung des gesamten Gebäudekomplexes beider Schulen.
- 5.) Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, nach Genehmigung durch die Bezirksregierung und nach gesicherter Finanzierung, die erforderlichen Rahmenbedingungen für den Ganztagsbetriebs herzustellen. Hierzu ermächtigt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung, für kleinere bauliche Änderungen im Küchenbereich insgesamt 35.000 € bereitzustellen. Die Finanzierung erfolgt aus veranschlagten Mitteln innerhalb des Teilergebnisplans 0301, Schulträgeraufgaben bei Zeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, im Haushaltsjahr 2014.
- 6.) Weiterhin ermächtigt der Rat der Stadt Köln die Verwaltung, eine ergänzende Ausstattung an Mensamöbeln -Tische und Stühle- zu beschaffen. Die erforderliche Mittelbereitstellung in Höhe von 50.000.-€ erfolgt aus veranschlagten Mitteln im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilfinanzplan Zeile 9, Auszahlung für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, bei Finanzstelle 4012-0301-0-4500 im Haushaltsjahr 2014.

Die Finanzierung der bilanziellen Abschreibung in Höhe von 3.500 €/p.a. voraussichtlich ab 2014 erfolgt aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben.
- 7.) Die sofortige Vollziehung dieses Beschlusses wird gem. § 80 Abs. 2 Ziffer. 4 Verwaltungsgerichtsordnung im öffentlichen Interesse angeordnet.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.37 Nord-Süd Stadtbahn Köln, 1. Baustufe
Ladenzeile Heumarkt
Mehrkosten bei Ausbau und TGA sowie Verschlechterung der Vermark-
tungssituation
3493/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln stimmt einer 50-prozentigen Übernahme des negativen Kapitalwertes der Ladenzeile Heumarkt, der nach aktueller Berechnung maximal 2.444.000 EUR (netto) beträgt, zu.

Der von der Stadt Köln zu tragende Investitionskostenanteil steigt somit von ursprünglich 534.000 EUR (netto) um maximal 688.000 EUR (netto) auf maximal 1.222.000 EUR (netto) und wird im Wege des § 7 des Nord-Süd Stadtbahn-Vertrages finanziert.

Die Finanzierung der ggf. nicht durch Mieteinnahmen gedeckten Folgekosten erfolgt durch die am 18.12.2008 beschlossene „Regelung über die Finanzierung der Unterhaltungskosten der Nord-Süd Stadtbahn“ (Session-Nr.: 5283/2008). Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln und bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) – zugestimmt.

**10.38 Aktiengesellschaft Zoologischer Garten Köln
hier: Übernahme der "Zoo-Service Gesellschaft der Freunde des Kölner
Zoos mbH"
4057/2013**

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln erklärt sich damit einverstanden, dass die Aktiengesellschaft Zoologischer Garten Köln (AG Zoo) die derzeitige „Zoo-Service Gesellschaft der Freunde des Kölner Zoos mbH“ von dem Verein „Freunde des Kölner Zoos e.V.“ zu einem Kaufpreis in Höhe von **43.000 Euro** einschließlich des Stammkapitals in Höhe von 26.000 Euro erwirbt. Die Gesellschaft soll zukünftig unter dem Namen „KÖLNER ZOO Shop GmbH“ geführt werden.
2. Der Rat der Stadt Köln erklärt sich mit der beigefügten Neufassung des Gesellschaftsvertrags der KÖLNER ZOO Shop GmbH (Anlage 1) einverstanden.
3. Falls sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundspersonen, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht sowie aus steuerlichen oder aus sons-

tigen Gründen Änderungen als notwendig und zweckmäßig erweisen, erklärt sich der Rat mit diesen Änderungen einverstanden, sofern hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

10.39 Kliniken der Stadt Köln gGmbH hier: Änderung des Gesellschaftsvertrages 4194/2013

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln erklärt sich mit der Änderung des Gesellschaftsvertrages der Kliniken der Stadt Köln gGmbH entsprechend der diesem Beschluss beigefügten Fassung (Anlage 1) einverstanden. Er ermächtigt den Vertreter der Stadt Köln sowohl in der Gesellschafterversammlung der Kliniken der Stadt Köln gGmbH, als auch vor dem beurkundenden Notar die zur Änderung des Gesellschaftsvertrages notwendigen Erklärungen abzugeben und Handlungen vorzunehmen.

Sofern sich aufgrund rechtlicher Beanstandungen durch die Urkundsperson, die Aufsichtsbehörde oder das Registergericht, sowie aus steuerrechtlichen oder aus sonstigen Gründen Änderungen als notwendig oder zweckmäßig erweisen sollten, wird der Vertreter der Stadt Köln ermächtigt, diese Änderungen vorzunehmen, soweit hierdurch der wesentliche Inhalt dieses Beschlusses nicht verändert wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln und der Fraktion Die Linke. – zugestimmt.

10.40 Einmaliger zusätzlicher Zuschuss von 50.000 Euro für den Bürgerzentrum Engelshof e.V. 4142/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die Auszahlung eines einmaligen zusätzlichen Zuschusses in Höhe von 50.000 Euro für das Bürgerzentrum Engelshof e. V.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**10.41 Benennung einer Betriebsleiterin der eigenbetriebsähnlichen Einrichtung Bühnen der Stadt Köln
4156/2013**

Beschluss:

Der Rat bestellt Frau Dr. Brigit Meyer für die Zeit vom 01.09.2012 bis 31.08.2017 als Opernintendantin zum Mitglied der Betriebsleitung der Bühnen der Stadt Köln.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

11 Bauleitpläne - Änderung des Flächennutzungsplanes

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

12 Bauleitpläne - Anregungen / Satzungen

**12.1 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 71489/04
Arbeitstitel: Schanzenstraße Nord in Köln-Mülheim
2601/2013**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 5).

**12.2 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69474/02
Arbeitstitel: Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Mülheim
2697/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69474/02 für das Gebiet zwischen Hafenstraße, Deutz-Mülheimer Straße gegenüber der Danzierstraße, betreffend die Flurstücke 1042 und 1043 in der Flur 6 der Gemarkung Mülheim in Köln-Mülheim —Arbeitstitel: Deutz-Mülheimer Straße in Köln-Mülheim— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 6 und 7;
2. den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69474/02 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
3. den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 69474/02 nach § 10 Absatz 1 BauGB in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. - zugestimmt.

12.3 Satzungsbeschluss betreffend die 2. Änderung des Bebauungsplanes 77349/04 Blatt 2 Arbeitstitel: GE westlich Linder Kreuz in Köln-Porz-Lind, 2. Änderung 3101/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt, die 2. Änderung des Bebauungsplanes 77349/04 Blatt 2 für das Gebiet zwischen der Autobahn A 59, der Frankfurter Straße (B 8), der Stadtgrenze von Köln/Troisdorf und der Bundesbahnstrecke Köln - Troisdorf in Köln-Porz-Lind — Arbeitstitel: GE westlich Linder Kreuz in Köln-Porz-Lind, 2. Änderung — nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.4 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 7549/02
Arbeitstitel: Hatzfeldstraße in Köln-Dellbrück
3106/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 7549/02 für den Bereich westlich der Mielenforster Straße zwischen Hatzfeldstraße und Flurstück 2658, südlich der Hatzfeldstraße bis zur südlichen Flurstücksgrenze der Flurstücke 2654 bis 2658, 2435, 2436, 2438, 2431, 2371 bis 2373, 2223, 2154 sowie 2156, nördlich der Hatzfeldstraße unter Einbezug der Flurstücke 2283 bis 2294, 2316 bis 2318, 2531, 2532, 1949, 2018 bis 2021, 1994 bis 1997, 1715 sowie 2375 bis 2380, beiderseits der Radiumstraße und östlich des Grafenmühlweg zwischen Hatzfeldstraße und Flurstück 2156 —Arbeitstitel: Hatzfeldstraße in Köln-Dellbrück— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
2. den Bebauungsplan 7549/02 nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**12.5 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 65479/04
Arbeitstitel: Nievenheimer Straße in Köln-Bilderstöckchen
3615/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan 65479/04 mit gestalterischen Festsetzungen für die Grundstücke beidseits der Nievenheimer Straße zwischen Escher Straße und Geldernstraße in Köln-Bilderstöckchen —Arbeitstitel: Nievenheimer Straße in Köln-Bilderstöckchen— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW

S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

**12.6 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 59570/05
Arbeitstitel: Straberger Weg in Köln-Roggendorf/Thenhoven
3170/2013**

Beschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung am 14.11.2013:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 59570/05 für das Gebiet der landwirtschaftlichen Flächen zu beiden Seiten des Straberger Weges beziehungsweise nordwestlich der Grundstücke Sinnersdorfer Straße 92 bis 158, unter Einbeziehung der Gärten der Grundstücke Sinnersdorfer Straße 118 bis 156, in Köln-Roggendorf/Thenhoven —Arbeitstitel: Straberger Weg in Köln-Roggendorf/Thenhoven— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2 mit folgender Ausnahme: Die Stellungnahme 7 ist zurückzuweisen und dem Verwaltungsvorschlag ist nicht zu folgen; d.h. die östliche Geh,-Fahr- und Leitungsrechtfläche soll im Sinne des offengelegten Bebauungsplan-Entwurfs beibehalten werden;
2. den Bebauungsplan-Entwurf 59570/05 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) nicht zu ändern;
3. den Bebauungsplan 59570/05 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12.7 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 58483/06
Arbeitstitel: Im Kamp/Dachsweg in Köln-Widdersdorf
3825/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 58483/06 für das Gebiet nordwestlich der Wohnbaugrundstücke Dachsweg 35 bis 41 und Iltisweg 43 bis 51 sowie 29, südöstlich des Kölner Randkanals, südwestlich der Wohnbaugrundstücke Buchenweg 21 bis 23, 31 bis 33, 37 bis 43, 53 und 65 bis 69, nordwestlich der Wohnbaugrundstücke Unter Gottes Gnaden 105 bis 107 und 117 nördlich und östlich des Kindergartengrundstücks Im Kamp 18, nordöstlich der Straße Im Kamp sowie nordwestlich der Straße Dachsweg in Köln-Widdersdorf —Arbeitstitel: Im Kamp/Dachsweg in Köln-Widdersdorf— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
2. den Bebauungsplan 58483/06 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12.8 Beschluss über Stellungnahmen sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 63471/04
Arbeitstitel: Rochusplatz in Köln-Bickendorf
2588/2013

Beschluss in der Fassung der Empfehlung der Bezirksvertretung 4 (Ehrenfeld) aus ihrer Sitzung am 25.11.2013:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 63471/04 für das Gebiet zwischen Venloer Straße, Äußere Kanalstraße, nördliche Grenze der Grundstücke Steubenstraße 20 bis 24 und 19 bis 23, Vitalisstraße, östliche und nördliche Gebäudekante des Hochhauses Venloer Straße 603 und Wilhelm-Mausser-Straße in Köln-Bickendorf —Arbeitstitel: Rochusplatz in Köln-Bickendorf— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 3;

2. den Bebauungsplan 63471/04 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung und gleichzeitig die Teilaufhebung des Bebauungsplanes 6246 Sa/03 (62469/03).
3. Die Verwaltung wird beauftragt, in dem folgenden Verfahren die Möglichkeit einer Arkadenlösung im westlichen Bereich der künftigen Bebauung offen zu halten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

12.9 Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan 72439/06, 1. Änderung Arbeitstitel: Waldbadviertel - Langendahlweg in Köln-Ostheim, 1. Änderung 3581/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt den Bebauungsplan 72439/06, 1. Änderung, mit gestalterischen Festsetzungen für das Gebiet zwischen der südlichen Seite des Langendahlweges, der östlichen und der nördlichen Grenze der privaten Grünfläche nach Norden folgend, der westlichen Seite des Hardtgenbuscher Kirchweges, entlang der südlichen und östlichen Grenze der privaten Grünfläche und der südlichen und der östlichen Abgrenzung der Waldfläche nach Norden folgend, weiter an der westlichen und südlichen Grenze des Grundstücks 845 entlang, dann den rückwärtigen Grundstücksgrenzen nach Osten folgend bis zur Parzelle 905, der öffentlichen Verkehrsfläche und der öffentlichen Grünfläche auf der westlichen Seite nach Süden folgend bis zur rückwärtigen Grenze der Parzelle 619, dann weiter südlich entlang der nördlichen und südlichen Abgrenzungen der privaten Grünfläche bis zum Langendahlweg —Arbeitstitel: Waldbadviertel - Langendahlweg in Köln-Ostheim, 1. Änderung— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12.10 Beschluss über Stellungnahmen, Ergänzung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 59457/02 Arbeitstitel: Östlich Vinzenzallee in Köln-Lövenich 3758/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 59457/02 für das Gebiet östlich der Vinzenzallee, südlich der Kölner Straße, westlich des Gewerbegrundstückes Dieselstraße 2 bis 2 a und nördlich der Bahnstrecke Köln - Aachen —Arbeitstitel: Östlich Vinzenzallee in Köln-Lövenich— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlagen 3 bis 6;
2. den Bebauungsplan-Entwurf (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 59457/02 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ergänzen;
3. den Bebauungsplan (vorhabenbezogener Bebauungsplan) Nummer 59457/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Absatz 1 BauGB in Anwendung des beschleunigten Verfahrens nach § 13a BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/ SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

12.11 Beschluss über Stellungnahmen, Änderung sowie Satzungsbeschluss betreffend den Bebauungsplan-Entwurf 70390/02 Arbeitstitel: "Auenviertel" in Köln-Rodenkirchen 2842/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt

1. über die zum Bebauungsplan-Entwurf 70390/02 für das Gebiet Uferstraße, Roonstraße, Grüngürtelstraße, Weißer Straße, Mettfelder Straße und Grimmels- hausenerstraße in Köln-Rodenkirchen —Arbeitstitel "Auenviertel" in Köln- Rodenkirchen— abgegebenen Stellungnahmen gemäß Anlage 2;
2. den Bebauungsplan-Entwurf 70390/02 nach § 4a Absatz 3 Baugesetzbuch (BauGB) zu ändern;
3. den Bebauungsplan 70390/02 mit gestalterischen Festsetzungen nach § 10 Ab- satz 1 BauGB in Anwendung des vereinfachten Verfahrens nach § 13 BauGB in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbind- ung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung;
4. die Teilaufhebung des Bebauungsplanes 1108 für das Gebiet Auenweg, Roon- straße, Uferstraße und Grimmelshausenstraße in Köln-Rodenkirchen gemäß § 10 Absatz 1 BauGB in Verbindung mit § 7 GO NW als Satzung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

13 Bauleitpläne - Aufhebung von Bauungs- / Durchführungs- / Fluchtli- nienplänen

13.1 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 2102 Blatt 2 - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Nürnberger Straße in Köln-Höhenberg 3727/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Fluchtlinienplanes 2102 Blatt 2 für das Gebiet zwischen der Oranienstraße, der Schulstraße, der Burgstraße bis circa 15 m vor der Erlanger Straße, einer Linie circa 85 m parallel zur Olpener Straße verlaufend bis zur Adelbertstraße, der Adelbertstraße und der Olpener Straße in Köln-Höhenberg — Arbeitstitel: Nürnberger Straße in Köln-Höhenberg— nach § 10 Absatz 1 Baugesetz- buch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

13.2 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 5306 - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Regensburger Straße in Köln-Höhenberg 3733/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Fluchtlinienplanes 5306 für das Gebiet zwischen der Regensburger Straße (beidseits) bis zur Olpener Straße, circa 65 m zurück bis zur Nürnberger Straße, der Nürnberger Straße (beidseits) und in ihrer Verlängerung bis zur Burgstraße, der Burgstraße und der Schulstraße in Köln-Höhenberg — Arbeitstitel: Regensburger Straße in Köln-Höhenberg— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

13.3 Aufhebung des Fluchtlinienplanes 8003 - Satzungsbeschluss - Arbeitstitel: Schulstraße in Köln-Höhenberg 3734/2013

Beschluss:

Der Rat beschließt die Aufhebung des Fluchtlinienplanes 8003 für einen Bereich, beschränkt auf die Ostseite der Oranienstraße und der Schulstraße zwischen Bennoplatz und Regensburger Straße sowie der Westseite der Regensburger Straße zwischen Schulstraße und einem Punkt circa 45 m vor der Olpener Straße in Köln-Höhenberg —Arbeitstitel: Schulstraße in Köln-Höhenberg— nach § 10 Absatz 1 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.2004 (BGBl. I S. 2 414) in Verbindung mit § 7 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen (GO NW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 14.07.1994 (GV NW S. 666/SGV NW 2 023) —jeweils in der bei Erlass dieser Satzung geltenden Fassung— als Satzung mit der nach § 9 Absatz 8 BauGB beigefügten Begründung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

14 Erlass von Veränderungssperren

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

15 Weitere bauleitplanungsrechtliche Sachen

15.1 Abschluss städtebaulicher Verträge bei Bebauungsplanverfahren auf der Grundlage einer standardisierten Verfahrensweise; hier: Beschluss über das "Kooperative Baulandmodell Köln" NEUFASSUNG VOM 18.09.2013 4325/2012

Änderungsantrag der Fraktion Die Linke. AN/1505/2013

Beschlüsse:

I. Beschluss über den Änderungsantrag der Fraktion Die Linke.:

- 1) In der Regel soll mindestens 40 % geförderter Wohnraum bei allen Neubauprojekten ab einer Größenordnung von 20 WE entstehen.
- 2) In den Stadtbezirken Innenstadt, Lindenthal und in Rodenkirchen, in denen sozialer Wohnungsbau kaum vorhanden ist, sind höhere Quoten anzusetzen.
 - a. Bei neuen Bauvorhaben zwischen 20 und 100 Wohneinheiten in diesen Stadtbezirken soll 100 % geförderter Wohnraum entstehen, zu 50 % nach Förderweg A, und zu 50 % nach Förderweg B.
 - b. Bei neuen Großwohnanlagen über 100 WE, die in diesen Stadtbezirken realisiert werden, sollen bis zur 100. Wohnung 100 % geförderte Wohnungen entstehen, jeweils zur Hälfte Förderweg A und B. Alle Wohnungen ab der 101. sollen zu mindestens 50 % als geförderte Wohnungen entstehen, jeweils zur Hälfte Förderweg A und B.
- 3) Werden planungsrelevante Umwandlungen, z.B. von Büro oder Gewerbe in Wohnraum, vorgenommen, dann finden die Kriterien des Kooperativen Baulandmodells Anwendung.
- 4) Der Satz „Für Verfahren, bei denen die Stadt ausschließlich Eigentümer ist, werden die Verpflichtungen des Modells analog angewandt.“ (Anlage 3, Seite 5) ist zu streichen.
Beim Bau auf eigenen Flächen und bei der Veräußerung stadteigener Flächen

hat die Stadt größere Freiheiten bei Festlegungen hinsichtlich günstiger Mietwohnungen bzw. hinsichtlich des sozialen Wohnungsbaus. Der Beschluss zum Kooperativen Baulandmanagement sollte daher hierzu keine Selbstbeschränkungen enthalten.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich gegen die Stimmen der Fraktion Die Linke. und gegen die Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde) bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) **abgelehnt**.

II. Beschluss gemäß Empfehlung des Stadtentwicklungsausschusses aus seiner Sitzung vom 12.12.2013:

Der Rat

1. beschließt das als Anlage 3 beigefügte "Kooperative Baulandmodell" für Köln mit einer stadtweiten Quote von mindestens 30 % für den öffentlich-geförderten Wohnungsbau. Je Maßnahme müssen davon mindestens 2/3 im Mietwohnungsbau Förderweg A, bis zu 1/3 können wahlweise in öffentlich gefördertem selbstgenutzten Wohneigentum oder im Mietwohnungsbau Förderweg B umgesetzt werden. Diese Vorgaben gelten vorbehaltlich der Förderfähigkeit.
2. beauftragt die Verwaltung, die Wirkungen des Modells nachzuhalten und dem Rat alle zwei Jahre einen Erfahrungsbericht durch die Verwaltung vorzulegen;
3. beauftragt die Verwaltung, bei der Durchführung der Planverfahren alle Möglichkeiten zur Beschleunigung der Verfahren bis zur Rechtskraft des Planes auszuschöpfen. Hierzu wird die Verwaltung zeitnah eine gesonderte Vorlage erarbeiten.

Es wird eine Untergrenze von 25 Wohneinheiten festgelegt.

Anlage 3, Punkt 9.6, S. 16, wird wie folgt ergänzt:

Bei Grundstückskaufen, die nachweislich nach dem Ratsbeschluss vom 14.12.2006 (Auftrag an die Verwaltung, einen Baulandbeschluss herbeizuführen) und vor dem 30.06.2014 erfolgten, werden die öffentlichen Lasten dieses Modells reduziert:

- (wie Beschlussvorlage)
- (wie Beschlussvorlage)

Die Übergangsregelung kann nur in Anspruch genommen werden, wenn diese Grundstücke bis zum 31.12.2015 einer Bauleitplanung zugeführt werden (Einleitungsbeschluss)

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, einiger Stimmen aus der Fraktion Die Linke. sowie mit der Stimme von Ratsmitglied Zimmermann (Deine Freunde), bei Stimmenthaltung von Ratsmitglied Henseler (Freie Wähler Köln) gegen die Stimmen der FDP-Fraktion, der Fraktion pro Köln sowie gegen die Stimme von Ratsmitglied Ludwig (Fraktion Die Linke.) – **zugestimmt**.

Anmerkung:

Diese Angelegenheit wurde gemeinsam mit den Punkten

3.1.2 Antrag der CDU-Fraktion betreffend "Studentendorf aus modernen Wohncontainern"
AN/1495/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1531/2013

3.1.3 Antrag der FDP-Fraktion betreffend "Erweiterung des Mediaparks zum Zwecke des studentischen Wohnungsbaus"
AN/1485/2013

10.3 Bezahlbaren Wohnraum sichern - Investoren motivieren - Sonderprogramm auflegen
2829/2013

Änderungsantrag der SPD-Fraktion, der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
AN/1523/2013

behandelt

16 KAG-Satzungen - Erschließungsbeitragssatzungen

**16.1 234. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2796/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 234. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung. Einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

**16.2 Zweite Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28.02.2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
2877/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der zweiten Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der als Anlage 1 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

**16.3 Zwölfte Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln vom 29.06.2001 über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages
3098/2013**

Beschluss:

Der Rat nimmt die Beitragsbedarfsberechnungen (Anlagen 4-6 zu diesem Beschluss) zur Kenntnis.

Der Rat beschließt den Erlass der 12. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Köln über die Erhebung eines Erschließungsbeitrages – Erschließungsbeitragssatzung – vom 29. Juni 2001 in der als Anlage 2 zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

**16.4 Satzung über die abweichende Herstellung der Erschließungsanlage Pohlhofstraße von Haus Nr. 21 (Grenze zum vorhandenen Teil) bis Gartenstraße in Köln-Esch/Auweiler
3110/2013**

Diese Angelegenheit wurde von der Verwaltung vor Eintritt in die Tagesordnung zurückgezogen (siehe hierzu auch Ziffer IV – Seite 5).

**16.5 235. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen
3586/2013**

Beschluss:

Der Rat beschließt den Erlass der 235. Satzung über die Festlegungen gemäß § 8 der Satzung der Stadt Köln vom 28. Februar 2005 über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 Absatz 1 Satz 2 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen in der zu diesem Beschluss paraphierten Fassung.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich – gegen die Stimmen der Fraktion pro Köln – zugestimmt.

17 Wahlen

**17.1 Benennung eines stellvertretenden sachkundigen Einwohners für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/Vergabe/Internationales
3029/2013**

Beschluss:

Gem. § 23a Abs. 3 Hauptsatzung der Stadt Köln wählt der Rat auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik Herrn Marcel Adolf als stellvertretenden sachkundigen Einwohner in den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen / Vergabe / Internationales gem. § 58 Abs. 4 GO NRW.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.2 Änderung der personellen Zusammensetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz
3284/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt,

Frau Schulamtsdirektorin Magna Becker für das Schulamt für die Stadt Köln zum Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz

und

Frau Claudia Warter-Neuhann, Fachberaterin Gesundheit im Schulamt für die Stadt Köln, zum stellvertretenden Mitglied der Kommunalen Gesundheitskonferenz

zu berufen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

**17.3 Neuwahl eines stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
3980/2013**

Beschluss:

Der Rat wählt als Nachfolger von Herrn Michael van Dawen als ordentliches, stimmberechtigtes Mitglied

Herrn Ludwig Weigel

für die „SJD Die Falken“ in den Jugendhilfeausschuss - Ausschuss für Kinder, Jugend und Familie.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.4 Bestellung einer sachkundigen Bürgerin mit Stimmrecht für den Kunstbeirat für die Wahlperiode 2009 - 2014
3718/2013**

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln bestellt als sachkundige Bürgerin mit Stimmrecht Frau Professorin Frances Scholz in den Kunstbeirat der Stadt Köln für die Wahlperiode 2009 – 2014.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.5 Antrag der CDU-Fraktion
hier: Diverse Gremienumbesetzungen
AN/1516/2013**

Beschlüsse:

I. Die CDU-Fraktion benennt nach § 58 Abs. 5 Satz 5 i. V. m. Satz 6 der GO NRW

- 1) anstelle von Frau Gisela Manderla MdB
Herrn Dr. Nils Helge Schlieben
als Ausschussvorsitzenden des Ausschusses für Schule und Weiterbildung,
- 2) anstelle von Herrn Karsten Möring MdB
Herrn Henk van Benthem
als zweiten stellvertretenden Vorsitzenden des Verkehrsausschuss.

Der Rat der Stadt Köln nimmt dies zur Kenntnis.

II. Der Rat der Stadt Köln benennt auf Vorschlag der CDU-Fraktion

- 3) anstelle von Frau Gisela Manderla MdB
Frau Jutta Kaiser
als ordentliches Ratsmitglied für den Ausschuss für Schule und Weiterbildung,
- 4) anstelle von Frau Gisela Manderla MdB
Frau Birgitta Nessler-Komp
als ordentliches Ratsmitglied für den Unterausschuss Ganztage,

- 5) anstelle von Herrn Karsten Möring MdB
Herrn Stephan Pohl
als ordentliches Ratsmitglied für den Verkehrsausschuss,
- 6) anstelle von Frau Gisela Manderla MdB
Herrn Stephan Pohl
und für den Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen/ Vergabe/ Internationales,
- 7) anstelle von Herrn Karsten Möring MdB
Herrn Niklas Kienitz
als ordentliches Ratsmitglied für den Finanzausschuss,
- 8) anstelle von Frau Dr. Sandra von Möller
Frau Birgit Gordes
als ordentliches Ratsmitglied für den Wirtschaftsausschuss,
- 9) anstelle von Herrn Karsten Möring MdB
Herrn Dr. Ralph Elster
als ordentliches Ratsmitglied für den Hauptausschuss,
- 10) anstelle von Frau Dr. Sandra von Möller
Herrn Stephan Pohl
als stellv. Mitglied für das Logistikforum Köln,
- 11) anstelle von Frau Gisela Manderla MdB
Herrn Stephan Pohl
als stellv. Mitglied für den Polizeibeirat,
- 12) anstelle von Herrn Karsten Möring MdB
Herrn Niklas Kienitz
als ordentliches Mitglied für den Zweckverband Sparkasse,
- 13) anstelle von Herrn Niklas Kienitz
Herrn Efan Kara
als stellv. Mitglied für den Zweckverband Sparkasse,
- 14) anstelle von Herrn Karsten Möring MdB
Herrn Stefan Götz
als ordentliches Mitglied für den Zweckverband VRS/NVR,
- 15) anstelle von Herrn Dr. Martin Schoser,
Herrn Stephan Pohl
als stellv. Mitglied für den Zweckverband VRS/NVR.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt nicht an der Abstimmung nicht teil.

**17.6 Neuwahl eines stellvertretenden, stimmberechtigten Mitgliedes für den Jugendhilfeausschuss
4231/2013****Beschluss:**

Der Rat wählt als Nachfolger von Frau Lena Geuenich

Herrn Christoph Klausing (Bund der Deutschen Katholischen Jugend – BDKJ)

als stellvertretendes, stimmberechtigtes Mitglied des „Sozialdienstes katholischer Frauen (SkF)“ in den Jugendhilfeausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.7 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung im Ausschuss Kunst und Kultur****Beschluss:**

Der Rat benennt auf Vorschlag der Fraktion pro Köln
anstelle von Herrn Markus Wiener,

Herrn **Wilfried Behrens**, Grevensstr. 26, 51107 Köln,

als Mitglied in den Ausschuss Kunst und Kultur.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.8 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung**

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der Fraktion pro Köln
anstelle von Herrn Martin Schöppe,

Herrn Tony-Xaver Fiedler

als Mitglied in den Ausschuss Schule und Weiterbildung.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

**17.9 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung des Sportausschusses**

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der Fraktion pro Köln
anstelle von Herrn Tony-Xaver Fiedler,

Herrn Günter Weber, Weilburger Str. 6, 51105 Köln,

als Mitglied in den Sportausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.10 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung des Stadtentwicklungsausschusses

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der Fraktion pro Köln
anstelle von Frau Ellen Sänger,

Frau Margitta Seger, Trittenheimer Str. 14, 50969 Köln,
als Mitglied in den Stadtentwicklungsausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.11 Antrag der Fraktion pro Köln
hier: Umbesetzung des Ausschusses Umwelt und Grün

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der Fraktion pro Köln
anstelle von Frau Brigitte Grosser,

Herrn Jürgen Spelthahn, Usinger Str. 2, 51105 Köln,
als Mitglied in den Ausschuss Umwelt und Grün.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.12 Antrag der FDP-Fraktion
hier: Benennung einer Stellvertretenden Sachkundigen Einwohnerin im
Jugendhilfeausschuss
AN/1534/2013

Beschluss:

Der Rat benennt auf Vorschlag der FDP-Fraktion als neue Vertreterin von Herrn Biber Happe,

Frau Maria Katharina Artmann, wohnhaft Brüsseler Str. 10, 50672 Köln,

zur stellvertretenden sachkundigen Einwohnerin des Jugendhilfeausschusses.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

17.13 Antrag der SPD-Fraktion
hier: Benennung sachkundiger Einwohnerinnen und Einwohner
AN/1533/2013

Beschluss:

Der Rat ernennt auf Vorschlag der SPD-Fraktion

1. Frau Prof. Dr. **Barbara Schock-Werner**, wohnhaft Am Hof 23, 50667 Köln, zur sachkundigen Einwohnerin zur Entsendung in den Stadtentwicklungsausschuss.

2 Frau **Erika Ödingen**, wohnhaft Ginsterpfad 9, 50737 Köln, zur sachkundigen Einwohnerin zur Entsendung in den Ausschuss Schule und Weiterbildung.

3. Frau **Elke Bussmann**, wohnhaft Elbenweg 3c, 50999 Köln, zur sachkundigen Einwohnerin zur Entsendung in den Gesundheitsausschuss.

4. Herrn **Markus Sterzl**, wohnhaft Honnefer Platz 3, 50939 Köln, zum sachkundigen Einwohner zur Entsendung in den Wirtschaftsausschuss.

5. Herrn **Marco Pagano**, wohnhaft Lützerathstraße 128, 51107 Köln, zum sachkundigen Einwohner zur Entsendung in den Ausschuss Umwelt und Grün vor.

6. Herrn **Rafael Struwe**, wohnhaft Zollstocksweg 22, 50969 Köln, zum sachkundigen Einwohner zur Entsendung in den Bauausschuss vor.

7. Herrn **Jürgen Kircher**, wohnhaft Pankratiusstraße 32, 50769 Köln, zum sachkundigen Einwohner zur Entsendung in den Sportausschuss.

8. Herrn **Andreas Pöttgen**, wohnhaft Baadenberger Straße 70, 50825 Köln, zum sachkundigen Einwohner zur Entsendung in den Sozialausschuss.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig zugestimmt.

Anmerkung:

Der Oberbürgermeister nimmt an der Abstimmung nicht teil.

18 Genehmigung von Dringlichkeitsentscheidungen gemäß § 60 Absatz 1 Satz 3 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

Zu diesem Punkt liegt nichts vor.

19 -

gez. Jürgen Roters
Oberbürgermeister

gez. Petra Kramp
Schriftführerin

gez. Elfi Scho-Antwerpes
Bürgermeisterin
Punkte 4.1 bis 10.28